

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Gedächtniszeit 3-5 Uhr
Verleger: Dorothea-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Telefonnummer: Dönhoff 2500-2507

Kundgebung gegen die Besetzung.

Erklärung des Landtags und der Preussischen Regierung. — Die Schwarzweißrot treiben Obstruktion.

Auf der Tagesordnung der stark besetzten Sitzung des Preussischen Landtages steht als einziger Punkt:

Kundgebung des Landtages gegen die rechtswidrige Verlängerung der Besetzung der ersten Zone des allbesetzten Gebietes im Westen.

Präsident Bartels eröffnet die Sitzung mit der Verlesung einer Protesterklärung. Die Abgeordneten, mit Ausnahme der Kommunisten, hören die Erklärung stehend an. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die alliierten Regierungen haben der Deutschen Reichsregierung durch Kollektivnote mitgeteilt, daß Deutschland die im Artikel 429 vorgezeichneten Bedingungen noch nicht erfüllt hat und bis zu diesem Datum nicht wird erfüllt haben können, um der Bergainstigung der Bestimmungen über die vorzeitige zeitweise Räumung teilhaftig zu werden zu können.

Für diese Behauptung werden Gründe angeführt, die nur als Vorwände bezeichnet werden können. Nach Artikel 429 des Versailler Friedensvertrages war für die Besetzung der ersten Zone ein Zeitraum von fünf Jahren vorgegeben. Aus der Note der alliierten Regierungen ist klar zu folgern, daß die erste Zone nicht geräumt werden soll, weil sonst die Okkupationsarmee in den rechtswiderig besetzten Gebieten von Rhein und Ruhr von Frankreich abgetrennt werden würde. So soll den bisherigen Rechtsvorstellungen eine neue angefügt werden.

Die Begründung ist lediglich eine Bemäntelung dieses Tatbestandes. Die Reichsregierung hat in ihrer Antwortnote die Besetzungsbedingungen zurückgewiesen und gegen die Absicht der Verlängerung der Besetzung entschieden Verwahrung eingelegt. Sie hat die Besetzung eine der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrages genannt, für die in den letzten Jahrhunderten der Geschichte kaum eine Parallele zu einer militärischen Besetzung von solchem Umfang und solcher Dauer zu finden sein werde. Sie hat darauf hingewiesen, daß Maßnahmen dieser Art niemals die friedliche Zusammenarbeit der Völker gefördert haben und daß, wenn die Alliierten die Besetzung jetzt noch verlängern wollen über die vertragmäßige Dauer hinaus, sie dem Empfinden des deutschen Volkes einen harten Schlag versetzen und seine Hoffnung, sich endlich an die Konsolidierung seiner Verhältnisse und an die ruhige Zusammenarbeit mit den anderen Völkern heranzugehen könne, schwer erschüttern.

Der Preussische Landtag schließt sich am Vorabend des Tages, der ganz Deutschland mit neuer Empörung erfüllen muß, diesem Proteste vollinhaltlich an.

Der Krieg und die Kriegsfolgen haben von Preußen die schwersten und meisten Opfer verlangt. Ganze fruchtbare Provinzen und wirtschaftlich wichtige Grenzländer im Norden und Süden, im Osten und Westen, die für preussische Kultur und Volkswirtschaft von der größten Bedeutung waren, sind durch den Ausgang des Krieges verloren gegangen. Das Rheinland, eine der blühendsten preussischen Provinzen, ist seit Kriegsende der Willkür fremder Mächte preisgegeben. Das Saargebiet ist wieder allen Rechts vollständig fast ganz dem deutschen Einfluß entzogen. Die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebietes und der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort ist immer noch nicht rückgängig gemacht. Jetzt sollen auch noch die im Versailler Friedensvertrag festgelegten Räumungsfristen unter vorgeschützten Gründen verlängert werden. Gegen diesen Gewaltakt legt der Landtag als die Vertretung des preussischen Volkes entschiedenste Verwahrung ein. Im Kampfe um die Befreiung der Westmark gibt es keine Reuebereitschaft; das Reich und Preußen, das ganze deutsche Volk werden diesen Kampf bis zum guten Ende tapfer durchzuführen. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete aber vertritt der Landtag seine höchste Anerkennung und stets Bereitschaft, ihr in ihren Leiden beizustehen. Der Landtag dankt ihr für ihre auch in schwersten Zeiten bewährte treue deutsche Gesinnung. (Beifall bei der Mehrheit.)

Am Anschluß an die Ausführungen des Landtagspräsidenten machte der

Ministerpräsident Braun

im Namen der Preussischen Staatsregierung folgende Ausführungen:

Die Preussische Staatsregierung schließt sich den Erklärungen des Herrn Landtagspräsidenten, hinter denen die übergroße Mehrheit des Hauses steht, vollinhaltlich an. Auch sie ist der Ansicht, der schon die Reichsregierung Ausdruck gegeben hat, daß allgemein gehaltene Angaben und unsubstantiierte Behauptungen nicht genügen, um eine Maßnahme von solcher Tragweite zu rechtfertigen, wie sie die Hinauszögerung der Räumung der ersten Zone darstellt.

Selbst wenn vieles von dem bewiesen werden könnte, was in der Note der Besetzungsmächte angedeutet und behauptet wird, so würde es nichts ändern an der

unbestreitbaren Tatsache, daß Deutschland entwaffnet ist und den Sinn des Versailler Vertrages erfüllt hat.

Die Durchführung dieser Aufgabe war um so schwieriger, als sie im feindlichen Kampf mit den Empfindungen eines starken und lebenskräftigen Volkes erfolgen mußte, das vergeblich darauf wartete, daß auch die anderen Staaten, ihrem Versprechen gemäß, mit der Abrüstung begännen.

Eine militärische Gefährdung Frankreichs, das heute über die stärkste Armee Europas verfügt und über alle technischen Kriegsmittel der Neuzeit, kann ernsthaft auch aus dem behaupteten, aber bisher unbewiesenen Verfehlungen nicht hergeleitet werden.

Die preussische Staatsregierung sieht sich genötigt, all dies mit besonderem Nachdruck zu betonen, weil es wieder einmal Teile der schon so schwer geprüften preussischen Rheinlande sind, die die harten Folgen und Lasten aus der wider Erwarten fortbauenden Besetzung zu ertragen haben. Immer wieder ist es diese schöne Provinz, dieser älteste deutsche Kulturboden, sind es die in opferwilliger Treue

an Preußen und am Reiche hängenden Rheinländer, die den Tag nun wieder hinausgezögert sehen, an dem sie in Freiheit atmen und leben können.

Die preussische Staatsregierung ist sicher, daß auch diese neue, schwere Prüfung, die wir noch nicht als unabänderlich hinnehmen können und wollen, von den Rheinländern mutig und standhaft ertragen werden wird.

Wir wissen, daß nichts und auch nicht die Androhung der weiteren Besetzung imstande sein wird, das Gefühl der ewigen und festen Verbundenheit mit Preußen und dem Reiche zu lockern. Um so mehr, als unsere rheinischen Brüder überzeugt sein können, daß ganz Preußen und Deutschland sich in dieser Stunde doppelt brüderlich mit ihnen geeint fühlen.

Die preussische Regierung aber wird, das ist eine Selbstverständlichkeit, die kaum noch der Erwähnung bedarf, alles, was in ihren Kräften steht, tun, um das Los der betroffenen Bevölkerung zu erleichtern. Sie wird bestrebt sein, die Reichsregierung mit allem Nachdruck in dem Bemühen zu unterstützen, im Wege der Verhandlungen die baldige Räumung der ersten Zone und mit ihr auch des widerrechtlich besetzten Ruhrgebietes zu erwirken.

Der Redner schließt: Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Zerrissenheit in unserem Volke, die sich eben in so betrübender und widerwärtiger Weise demonstriert hat, überwunden wird und wenigstens in dieser nationalen Frage eine Einheitsfront des ganzen Volkes hergestellt wird. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)

Als Ministerpräsident Braun seine Rede begann, erhoben die Kommunisten tobenden Lärm. Die Deutschnationalen und die meisten Mitglieder der Deutschen Volkspartei verließen unter stürmischen Protesten der Ritze den Saal.

Die Schwarzweißrote Obstruktionsgemeinschaft hat sich also gerade die Gelegenheit einer gemeinsamen Kundgebung gegen die widerrechtliche Verlängerung der Besetzung deutschen Gebietes ausgesucht, um der Welt das Schauspiel zu bieten, daß sie demonstrativ davonläuft, wenn von der Not des Landes die Rede ist! Ihr Parteidogma ist so stark, daß er nicht einmal Halt macht vor einer Frage, die alle Deutschen gleichermaßen angeht.

Vorauß es ihnen ankam, haben ihre Vertreter im Versteckauschuß des Landtags verraten. Dort stellten sie allen Erstes das Verlangen, daß der Ministerpräsident nicht reden dürfe. Da er es trotzdem tat, weil die Pflicht es ihm gebot, so ließen sie davon, um die Kundgebung zu stören und in ihrer Wirkung zu schwächen. Deutschnationale, Volkspartei und Kommunisten Hand in Hand!

Am Mittwoch soll der Landtag eine Erklärung der Regierung entgegennehmen. Dazu hat die Volkspartei folgenden Mißtrauensantrag eingebracht:

„Da gemäß Artikel 45 der Preussischen Verfassung bei Beginn der Tagung eines neu gewählten Landtages auch der Ministerpräsident neu zu wählen ist, beschließt der Landtag: Der weiteren Tätigkeit des Ministeriums Braun fehlt die verfassungsmäßige Grundlage.“

Die völksparteiliche Auslegung der Verfassung ist von allen anderen bisherigen Koalitionsparteien als falsch abgelehnt worden. Nichtsdestoweniger baut die Volkspartei auf Grund ihrer falschen Auslegung einen Mißtrauensantrag gegen die Minister, denen Herr v. Richter soeben noch ein begeistertes Lob ausgesprochen hatte!

In den Verhandlungen über die Regierungsbildung im Reiche ist im Laufe des Vormittags noch keine Aenderung eingetreten.

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung sollen darauf zurückzuführen sein, daß die Minister Luther, Ranik, Brauns und Gehler der Hereinnahme führender Demokraten in die Regierung widersprechen, weil sie fürchten, dadurch den allzu großen Zorn der Volkspartei hervorzurufen.

Hitler und Ludendorff.

München, 9. Januar. (TU.) Zu dem Empfang Hitlers bei dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held schreibt die Bayerische Volksparteiforrespondenz u. a.: Man erfährt zunächst, daß die „konservativ-nationale Bewegung in Bayern“ darauf abzielt, Hitler endgültig von General Ludendorff zu trennen. Der Chronist des „Riesbacher Anzeigers“ weiß bereits positiv zu berichten, daß die politische Trennung Hitlers von Ludendorff vollzogen ist, was wohl den Tatsachen entsprechen dürfte. Ferner erfährt man, daß bei der Trennung dieser Freundschaft Herr Böhmner die entscheidende Hilfestellung gewährleistet haben soll.

Scheimbündler verhaftet.

Aufdeckung einer Roffbach-Organisation.

Halle, 9. Januar. (M.T.B.) Die Polizei meldet die Festnahme dreier ehemaliger wegen Scheimbündelerei, Betruges und Urkundenfälschung verurteilter Mitglieder des Roffbachbundes, ehe sie nach der Tschadowitzstraße entfliehen konnten. Weiter wird mitgeteilt, daß die Polizei eine verbotene Roffbach-Organisation ermittelt habe. Acht Mitglieder wurden verhaftet und zahlreiches belastendes Material, darunter ein Brief an Roffbach mit einer Deckadresse in Salzburg, beschlagnahmt.

Aufwertung für Kapitalisten.

Wo kommt das Geld her?

Der verfloßene Reichstag hat die Aufwertungsfrage unerledigt gelassen. Zwar hatten in den Reichswahlen die Rechtsparteien für den Fall ihres Sieges die weitestgehende Erfüllung der Wünsche der Rentner versprochen. Sie haben aber nicht den ernsthaften Versuch gemacht, diese Versprechungen einzulösen. Im letzten Wahlkampf haben sie diese Versprechungen erneuert, trotzdem inzwischen die namhaftesten Vertreter der Großindustrie, der Landwirtschaft und der Banken, die den Rechtsparteien angehören, jede Aenderung der geltenden Aufwertungsbestimmungen auf das Schärfste bekämpft haben. Ob diesmal die Versprechungen besser gehalten werden sollen, darf man sehr bezweifeln. Die deutschnationale Fraktion hat bisher lediglich den Antrag eingebracht, die Verordnung des Reichspräsidenten zur einstweiligen Regelung der Aufwertung aufzuheben. Sacklich hat sie ebensowenig wie irgendeine andere Fraktion ihre Stellung dargelegt. Die Deutsche Volkspartei gar hat jetzt nach dem Wahlkampf (1) einen Studienauschuß eingesetzt, der erst die Stellungnahme der Fraktion prüfen soll. So wird denn der vom Reichstag wiederum eingesetzte Aufwertungsausschuß ohne völlig ungeklärte Lage vorfinden.

Jede Aufwertung hängt davon ab, daß die Mittel dafür bereitgestellt werden. Wie steht es aber damit? In den letzten Monaten haben Großindustrie und Agrarier einen großen Feldzug für den Abbau der auf ihnen ruhenden Lasten geführt. Die jetzigen Steuerlasten, die Lasten aus der sozialen Fürsorge, die Lasten aus der Betriebsführung sind nach ihrer Darstellung unerträglich hoch und bedürfen des Abbaues, wenn die Konkurrenzfähigkeit, ja gar die Existenz der Unternehmungen gesichert werden soll. Ebenso wie die Großindustrie sich deshalb gegen eine weitere Aufwertung der Obligationen wendet, kämpfen die Agrarier gegen eine Aufwertung der Hypotheken. Dasselbe tun natürlich die Hausbesitzer. Die Aufwertung von privaten Forderungen begegnet also von dieser Seite her den schärfsten Widerständen. Aber auch die Aufwertung von öffentlichen Schulden wird durch einen solchen Steuerabbau unmöglich. Denn man kann nicht gleichzeitig die Einnahmen des Reiches verringern, und seine Ausgaben steigern. Jeder nennenswerte Steuerabbau macht die Veränderung der geltenden Aufwertungsbestimmungen bei den öffentlichen Anleihen unmöglich. Und zwar nicht nur beim Reich und den Ländern, sondern auch bei den Gemeinden, deren Einnahmen ebenfalls durch den Steuerabbau geschmälert werden. Der Feldzug der kapitalistischen Parteien gegen die Vermögenssteuern ist also zugleich ein Feldzug gegen die verordneten Kriegsanleihezeichner.

Die Sozialdemokratie erkennt durchaus nicht die Ungerechtigkeiten des jetzigen Steuer Systems. Es belastet nicht nur Arbeit und Verbrauch zu hoch, sondern ebenfalls die Angehörigen der freien Berufe, des Mittelstandes, des Kleingewerbes und des Handels. Eine Aenderung, die diese Ungerechtigkeiten beseitigt, findet durchaus ihre Unterstützung. Sie kann jedoch andererseits nicht anerkennen, daß die steuerliche Leistungsfähigkeit des Großkapitals und der Großagrarier voll ausgeschöpft sei. Sie bestreitet ebenso, daß diese Kreise zu einer weiteren Aufwertung außerstande seien. Gewiß hat die Inflation das deutsche Volkvermögen vermindert. Aber diese allgemeine Verminderung ist weniger stark als die großen Besitzverchiebungen. Ein erheblicher Teil der kleinen Sparvermögen ist nicht verschwunden, sondern ist in die Hände von Kriegs- und Inflationsgewinnlern geraten. Wo diese sitzen, zeigen die Goldbilanzen. Bei der Beratung der dritten Steuervotverordnung ist der Aufwertungslosh von 15 Proz. mit der Verarmung der Großindustrie und der Landwirtschaft begründet worden. Die Goldbilanzen jedoch zeigen, daß ein erheblicher Teil der Industrie, insbesondere der Schwerindustrie, trotz sorgsam ausgeglichener Bilanzverflechtung erheblichere Vermögen als früher nachweisen mußte. Infolgedessen können diese Unternehmungen die Lasten tragen, die für eine befriedigende Lösung des Aufwertungsproblems erforderlich sind.

Die Aufwertung der öffentlichen Anleihen ist von der Reichsregierung bisher stets abgelehnt worden mit dem Hinweis auf die Not des Reiches. Sie hat bisher nur eine soziale Aufwertung im bescheidenem Umfang zugelassen. Das ist ein durchaus ungenügendes Zugeständnis. Wenn irgendwo die Notwendigkeit der Hilfe des Reiches vorliegt, so doch gewiß bei der Wiedergutmachung der geklosten, gewaltigen Entleerung, die durch den Ruhrkampf im Jahre 1923 an den Spargeldern vorgenommen wurde. Ist also nicht einmal für die Entschädigung dieser Kreise Geld vorhanden, dann ist es doch sicherlich nicht vorhanden für die Entschädigung von Inflationsgewinnlern. So sollte man jedenfalls meinen. Die Reichsregierung aber denkt anders. Gedrängt von den politisch und wirtschaftlich einflussreichen kapitalistischen Kreisen der Schwerindustrie, gibt sie zwar kein Geld für die Entschädigung der Inflationsopfer, wohl aber tut sie alles, um die Inflationsgewinnler hoch zu entschädigen.

Zu den erfolgreichsten Inflationsgewinnlern gehören die rheinisch-westfälischen Industriellen. Ihre Werte haben zwar während des Ruhrkampfes stillgestanden oder nur teilweise gearbeitet. Aber dafür sind die Löhne für Arbeiter und Angestellte aus der Lohnsicherung und Ruhrhilfe gezahlt worden. Die Reichsbank und das Reich haben



ihnen gewaltige Papiermarkkredite gegeben, die vollständig entwertet zurückgezahlt wurden. Wie die Goldbilanzen gerade dieser Unternehmungen ausweisen, ist der Ruhrkampf, in dem Hunderttausende von Menschen Existenz und Vermögen verloren haben, für sie gewinnreich gewesen. Trotzdem zählt das arme, notleidende Reich diesen Industriellen Entschädigung, deren Beitrag wahrscheinlich den größten Teil der dafür jüngst genannten Summe von 600 Millionen Goldmark beitragen dürfte. Nichts ist davon bekannt, wie und ob die Ansprüche geprüft werden. Man weiß nur, daß die Höchstgrenze von 50 000 M., die bisher gegen zu hohe Entschädigungszahlungen vorgezogen war, auf Drängen der Großindustrie befristet wurde.

Das ist aber nicht der einzige Fall, wo die Industrie von dem armen Reich Unterstützung verlangt. Auch die Reederien haben jüngst Forderungen angemeldet. Obwohl die jetzige deutsche Handelsflotte zum größten Teil mit dem Gelde des Reiches wieder aufgebaut wurde, jammern die Reeder, sie seien die am meisten Geschädigten des Krieges und der Inflation. Sie verlangen für weitere Schiffbauten Subvention. Und zwar soll das Reich den Werften gegenüber eine Baukostengarantie übernehmen, und drei Viertel der Zinsen tragen. Man verlangt also eine Subvention, die das Reich für vorläufige unabherrschbare Zeit mit einer Ausgabe von vielen Duzend Millionen Goldmark jährlich belastet. Wir verkennen durchaus nicht die Bedeutung der deutschen Seeschifffahrt. Aber in der jetzigen Finanzlage des Reiches scheint es uns unmöglich zu sein, die Rentnerschichten mit Beihilfen abzuweisen und gleichzeitig Erwerbsunternehmungen dauernd und hoch zu subventionieren.

Die sozialdemokratische Fraktion wird alles daran setzen, um diese Pläne des Reiches zu verhindern. Sie wird verlangen, daß alle Entschädigungszahlungen des Reiches an kapitalistische Kreise solange eingestellt werden, ehe nicht auch die Mittel für die Entschädigung der Opfer der Inflation bereitgestellt werden können. Sie wird bei diesem Vorstoß aber nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, auch die bürgerlichen Parteien zu beeinflussen. Das wird außerordentlich erschwert durch die Organisationen der Hypothekengläubiger und Sparer. Deren Führer sehen fast alle im reaktionären Lager und fördern dadurch die Pläne der kapitalistischen Parteien, durch die Kapitalisten entschädigt und die enteigneten Sparer auf eine ferne Zukunft vertröstet werden.

## Sozialdemokratische Anträge.

### Zur Reichspersonalpolitik.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Befordrungsfrage folgenden Antrag gestellt:

1. Der Reichstag erklärt sich mit der durch die „Verordnung über die Gewährung von Zuschlägen zum Grundgehalt sowie zu den Anberufschlägen und zum Frauenszuschlag vom 25. November 1924“ ausgesprochene Regelung der Bezüge der Reichsbeamten nicht einverstanden;

2. es ist sofort der Entwurf eines Gesetzes über eine weitere Ergänzung des Befordrungsrechtes mit dem Ziel einer grundsätzlichen Neuordnung der Befordrungen und ausreichenden Bemessung der Gehälter der unteren und mittleren Gruppen vorzulegen. Für die Arbeiter und Angestellten des Reiches sind die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Im Zusammenhang mit der Befordrungsfrage wird die Fraktion auch die von der Regierung eigenmächtig vorgenommene Erhebung des Ortszuschlags durch das Wohnungsgeld und die Frage des neuen Ortsklassenverzeichnis, die ja auch für die Kriegsgeschädigten usw. von größtem Interesse ist, zur Sprache bringen. Die Stellung der notwendigen Anträge in diesen Angelegenheiten hat sich die Fraktion noch vorbehalten.

Berner verlangt die Fraktion, daß die Personalabbauparagraphen mit allen Nachträgen sofort aufzuheben ist. Will die Regierung die in der Abbauparagraphen enthaltenen Dauerbe-

stimmungen aufrechterhalten wissen, so mag sie dem Reichstag einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Beschlußfassung vorlegen. Mit dieser Forderung wird nicht zuletzt der Zweck verfolgt, daß mit der Aufhebung der Abbauparagraphen auch ihr Name ins Grab sinkt. Außerdem hat die Fraktion einen Gesetzentwurf über die Aufhebung des Befordrungsperregesetzes vorgelegt, das durchaus überflüssig erscheint, nachdem Länder und Gemeinden ihre finanzielle Selbständigkeit wiedererlangt haben.

In einem besonderen Antrag ist weiterhin die Forderung nach unverzüglicher Aufhebung der Verordnung über die neunstündige Arbeitszeit in den Reichsbehörden und Reichsbetrieben, die Wiedereinführung des Achtstundentages und Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Regelung der Dienstzeit der Reichsbeamten erhoben worden. Weitere Anträge betreffen schließlich die Wiedergewährung des ungelösten Urlaubs an die Beamten, Arbeiter und Angestellten des Reiches und die Vorlage von Entwürfen über ein neues Reichsbeamtengesetz, ein Gesetz über Beamtenräte, eine Dienststrafordnung für Reichsbeamte, eine Krankenversicherung für Reichsbeamte und ein Gesetz über die Einbeziehung der aktiven Reichsbeamten in die für abgebaute Beamte geschaffene Siedlungsverordnung.

## Die Skandale um die Staatsbank.

### Ein politischer Verleumdungsfeldzug der Reichspresse.

Die Reichspresse will aus der Aufklärung der Skandale um die Staatsbank einen politischen Feldzug machen. Es ist ihr nicht um Reinigung und Aufklärung zu tun, sondern um Ablenkung und Verdunkelung. Sie veröffentlicht falsche und richtige Briefe und Dokumente, sie behauptet dreist, es seien gravierende Dokumente unterschlagen worden, oder — soweit ihr der Mut zu positiver Behauptung fehlt — fragt sie, ob nicht Aktien verschwunden seien. Der Zweck dieses Treibens ist, führende politische Persönlichkeiten, die mit dem ganzen, an die Staatsbank anknüpfenden Komplex nichts zu tun haben, zu verdächtigen und zu diskreditieren.

Alle diese Veröffentlichungen lassen die Absicht erkennen, den Reichspräsidenten hereinzuziehen. Es sind plumpe Wahlmanöver — mehr nicht. Es ist die Methode der Ganser und Rothardt. Trotz aller entschiedenen Widerlegung und Zurückweisung von amtlicher Seite wird der Verleumdungsfeldzug fortgeführt nach dem Grundtag: verleumde ruhig darauf los, es bleibt schon etwas hängen.

Diese Haltung der Reichspresse entspricht den Gepflogenheiten der schmutzigen Sensations- und Revolverpresse, die in den zweifelhaften Sphären der Gesellschaft ihr Unwesen treibt. Mit öffentlicher Moral und deren Verteidigung haben ihre Auslassungen nichts zu tun.

### Neue Erfindungen und ihre Widerlegung.

Die Hugenberg-Presse veröffentlichte heute morgen folgende Sensationsmeldung:

„Die mit der Untersuchung in Sachen des Barmat-Konzerns beschäftigte Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen auf die Person des Postministers Dr. Hoefle, auf den Zentralabgeordneten Lange-Hegermann, den Ministerialdirektor Abegg, den Polizeipräsidenten Richter und dessen Privatsekretär Stöcker, sowie auf eine Reihe anderer Persönlichkeiten ausgedehnt. Minister Severing hat sich, sicher nicht leichten Herzens, entschlossen, wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen Herrn Richter von seinem Posten abzurufen. Als Nachfolger wird einmal der frühere Staatsanwalt und Landrichter, spätere Leiter des Landespolizeiamtes, der jetzige Ministerialdirektor Dr. Falk, und weiter der frühere Gewerkschaftssekretär und spätere Leiter des Landespolizeiamtes Grzeinstki genannt.“

Dieser Erfindung folgte die Widerlegung auf dem Fuße. Durch das Post-Bureau wird mitgeteilt:

„Die Pressemeldung, nach denen gegen weitere Beamte, insbesondere gegen Reichspostminister Dr. Hoefle, Ministerialdirektor Abegg, Polizeipräsident Richter und den Privatsekretär Stöcker seitens der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungs-

verfahren eingeleitet sei, ist, wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, unrichtig.“

Von einer Abberufung des Polizeipräsidenten ist keine Rede. Wie Minister Severing einem Mittagsblatt mitteilte, hatte er eine solche Maßnahme nicht in Erwägung zu ziehen.

### Zentrumsabgeordnete und Staatsbankskandale.

Die „Germania“ teilt mit: Der Vorstand der Zentrumspartei des Reichstages hat über die in der Öffentlichkeit gegen die Abgeordneten Dr. Höfle und Lange-Hegermann in Zusammenhang mit der Barmat-Angelegenheit erhobenen Beschuldigungen eingehend verhandelt. Die genannten Abgeordneten erklärten, sich keiner ehrenrührigen Handlungen schuldig gemacht zu haben. Bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit durch die eingeleiteten Untersuchungen werden sie ihr parlamentarisches Mandat ruhen lassen.

### Eine Erklärung Richters.

Polizeipräsident Richter hat der „S. Z.“ am Mittag folgende Erklärungen gegeben:

„Mein Freundschaftsverhältnis zu Julius Barmat war stets ein privates, und der private Charakter ist von mir auch stets gewahrt worden. Ich habe niemals Herrn Julius Barmat ein goldenes Zigarettenetui geschenkt. Ich habe ihm lediglich für ein Zigarettenetui, das bei jeder unvoreingenommenen Prüfung durch die darin enthaltene Widmung sofort als ein Geschenk der Frau und des Sohnes des Herrn Julius Barmat festgestellt werden kann, einen Namenszug geschenkt. Im August 1924 habe ich mir von der Merkurbank zur Anschaffung eines Siedlungsgrundstückes den Betrag von 5000 Mark geliehen, der mir mit entsprechender Verzinsung in Rechnung gestellt ist.“

Ferner trifft auch die Behauptung nicht zu, daß, als die Barmats vor zwei Jahren nach Deutschland zugezogen und sich in Berlin niederlassen wollten, ich das in Frage kommende Revier durch den Verbindungsoffizier des Polizeipräsidenten angrufen und ihm gesagt habe, er möge bei der Niederlassung der Barmats nicht nach Legitimationen fragen, da die Barmats die persönlichen Freunde des Polizeipräsidenten seien. Ich habe im Gegenteil Anweisung gegeben, Herrn Julius Barmat und seine Angehörigen stets, wie jeden anderen Ausländer, nach den bestehenden Vorschriften zu behandeln.

Meinen Privatsekretär Stöcker habe ich vor längerer Zeit angewiesen, seine Tätigkeit in den Geschäften des Herrn Julius Barmat einzustellen. Er hat auch diese Tätigkeit im März vorigen Jahres ausgeübt.“

### Die Barmats und ihre Gläubiger.

(S. Z.) Heute vormittag fand in dem Straßammeraal 671 in Moabit eine Besprechung statt, an der Oberstaatsanwalt Dr. Linde, die Verteidiger der Gebrüder Barmat, Vertreter des Reichspostministeriums und der Staatsbank, sowie Untersuchungsrichter Dr. Rothmann teilnahmen. Auch der älteste der Gebrüder, Julius Barmat, wurde hierzu vorgeladen. Die Konferenz befaßte sich zunächst mit dem gegenwärtigen Stand der von den Barmats für die Kredite gegebenen Deckungen, wobei man auch erörterte, ob und in welchem Umfang eine neue Deckungen geschaffen werden müßten. Julius Barmat behauptete hierzu, daß er in der Lage sei, seinen Verpflichtungen gegenüber der Staatsbank voll und ganz nachzukommen, wenn man ihm Gelegenheit gäbe, zu diesem Zweck einige Transaktionen vorzunehmen. Die Verhandlungen dauerten mittags noch an.

## Trendelenburgs Rückkehr nach Paris.

Paris, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Staatssekretär Trendelenburg wird sofort nach seiner Rückkehr nach Paris eine Unterredung mit dem französischen Handelsminister haben. In Regierungskreisen glaubt man, daß die Instruktionen, die der Chef der deutschen Delegation in Paris erhielt, eine Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen erfordern werden und daß unter Abänderung des französischen Entwurfs ein *modus vivendi*-Abkommen als kurzfristiges Provisorium möglich sein wird.

## Sie gehen die Straße entlang.

Von Erna Büsing.

Der fränke Mann. Er hat einen geschwollenen Körper, den er mühsam fortzuschleppen, da er aber von Natur ein Hüne ist, liegt eine gewisse imponierende Auffälligkeit über seiner Erscheinung. Das macht sich ein geschäftstüchtiger Blick zumute. Würde er doch aus Erfahrung, daß gute Kellerei ein gutes Geschäft verbirgt. Daher engagiert er den dicken Mann, zog ihm eine weiße Jacke an, setzte ihm eine weiße Mütze auf, und auf beiden steht, in rot gestrichelten Plättchenbuchstaben: „Hummer-Müller, vornehmstes Schlemmerlokal am Ort“. Nun geht der fränke Mann immer ums Biered die Straße entlang. „Hummer-Müller, vornehmstes Schlemmerlokal“, es steht doppelseitig auf der Bluse, er trägt es vor der Brust, er trägt es auf dem Rücken, es steht doppelseitig auf der Mütze, er trägt es vor der Stirn, er trägt es am Hinterkopf. Ein Schlemmerlokal! Weiß er überhaupt, was das ist? Er hat noch nie ein Schlemmerlokal betreten, geschweige denn in ihm gegessen. Er kann nur noch wenig essen. Sein Körper ist so trant, er kann die Speisen nicht mehr regelrecht verdauen. Doch für eine sorgliche Entlohnung läuft er Tag für Tag für das Schlemmerlokal Kellerei. Er tut ja nichts, sagt der Besitzer. Er verdient sein Geld wirklich durch Spazierengehen. „Ja, ja, es mag schon stimmen“, denkt der Kranke, aber wie schwer fällt ihm dieses Spaziergehen! Auch möchte er gern mehr zum Unterhalt seiner Familie beitragen. Er muß seiner Frau die Hauptlast für die Kinder überlassen, die übermüdet und verärrmt, von Aufwarterstelle zu Aufwarterstelle heilt. Dann und wann bringt er ja etwas Essen mit nach Hause. Aber das geschieht heimlich, wenn die Aufwärtlerin Speisereste von den Tellern in einen kleinen Blechnapf trägt. Der Herr darfs nicht wissen. Sonst ließe er das Essen in Rechnung, zöge es von der Entlohnung ab oder entliche womöglich die lebende Kellerei. Tief in Sorgen angeponnen, trägt der Kranke die Anpreisung von Hummer-Müllers vornehmstem Schlemmerlokal ums Biered.

Der unglückliche Mann. Als er noch Behrling war, bezte man ihn in den Krieg. Heimgekehrt, sah er, daß die Kellereien sich Stellung verschafft hatten, daß die Jüngeren, noch nicht kriegsdienstfähig gewordenen besser entlohnt wurden, als er, denn er mußte, der Ordnung halber, wieder als Behrling anfangen. Dann kam die Inflation, und die unsicheren Wirtschaftsverhältnisse gestatteten dem Geschäft seinen neuen Ausgelenkten, darum stieg der ehemalige Kriegsteilnehmer auf die Straße. Er sollte nirgends festen Fuß und jetzt läuft er als Kellereibote für eine Redoute imunterbunden Moskaueranzug einher. „Die Nacht der Uebermüdigkeit“ steht auf dem Schild, das er auf der Brust trägt. In tief ausgeschalteten Lederschuhen, die einen blauen und einen roten Strumpf sichtbar werden lassen, geht er um's Biered. Seine Gedanken sind schon träge ge-

worden im stumpf machenden Glend und seine Seele ist erfüllt von weltverachtender Hoffnungslosigkeit.

Der alte Mann. Er hat Zeit seines Lebens gearbeitet, nun er alt und verbraucht ist, hat keine eine dauernde Beschäftigung für ihn. Jetzt verteilt er Reklamezettel für ein Nachtaboret. Kenglich sieht er nach den Grünen, weil Nachtaboretts mit Radtänzen doch etwas unanständiges sind. Kenglich sieht er auch auf die Straßenkehrer, denen durch die weggeworfenen Reklamezettel, dieses sich anhängende Papier, so viel unnütze Arbeit gemacht wird. Er sucht sich die Distinguierten, die Ueberjäten aus, denen er seine Zettel in die Hand drückt. Der Alte ist voller Trauer darüber, daß er auf solch unanständige Weise sein Brot verdienen muß und sich zugleich, daß er sich täglich ein paar Groschen verdient.

Die Satten sagen, unsere Wirtschaftsgeldordnung ist gottgewollt und empfinden nicht, daß die Drei eigentlich eine große Klage gegen Gott sind. Der Kranke, der Unglückliche und der Alte, sie gehen die Straße entlang.

„Katerina Ivanowna“ im Russenstpiel. Das bekannte Schauspiel *Benid Andrejews*, das in deutscher Sprache vor einigen Jahren auch in Berlin aufgeführt wurde, fand gestern in der Aufführung der Mitglieder des Moskauer Künstlertheaters eine ausgezeichnete Darstellung. Es kam bei diesem Stück weniger auf die Wiedergabe des russischen Milieus an, als auf die Herausarbeitung der Typen der modernen russischen Gesellschaft der vorrevolutionären Zeit. Diese Aufgabe ist den Moskauer Künstlern fast reiblos gelungen. Einzelne Mängel, so das allzu stark aufgetragene, facitrierte Spiel *Tomkows* in der Rolle des Mentkoo, konnten den allgemeinen guten Eindruck der Aufführung nicht beeinträchtigen.

Im Mittelpunkt des Dramas, alle anderen handelnden Personen übertragend, stand Frau *Bermanowa* in der Rolle der Katerina Ivanowna. Frau eines Dumma-Abgeordneten und typische Vertreterin der Petersburger „Gehelch“, verkörperte sie in ihren guten und schlechten Seiten die feilsche Verriesstheit und moralische Unbefriedigtheit der Frau der höheren russischen Gesellschaftsklassen, die bei allen guten Anlagen und ursprünglich echten Empfindungen im Schlamme der Großstadt verfaßt. Das feilsche Drama der Katerina Ivanowna, die, zu unrecht von ihrem Mann der Untreue beschuldigt und aus dem Hause gejagt, erst infolge dieses Vorgehens die Ehe bricht und nach der Aussöhnung mit dem Gatten aus den Armen eines Hochhabers in die eines anderen kommt, ist aber nicht nur das Drama einer bestimmten Gesellschaftsklasse, sondern auch das der stänlich überreizten, feilsch und körperlich unbefriedigten Frau. Andrejews Drama ist nicht nur ein Beitrag zur Pathologie der modernen Gesellschaft, es schildert auch bis in die feinsten feilschen Details das Kronkeltid der holländischen Frau, die in der legenden geschwängerten Stille des Großstadtlebens zugrunde geht.

Frau *Bermanowa* gab eine wunderbare Interpretation dieser Rolle, die nicht nur für sie geschaffen ist. Es verstand es meisterhaft, die feilsche Vielfältigkeit der Heldin zu veranschaulichen, die mit den Jagen einer modernen *Potiphar* und *Mekalina* die einer

rührenden Kindlichkeit und feilschen Reinheit vereint. Bei den pflichtlichen Uebergängen von einer Stimmung zur anderen, von tiefer Verzweiflung zum pflichtlichen Selbstmordausbruch, von innerer Zerrückung zum sehnlichen Liebesgittern, schuf sie Szenen von un-nachahmlichem Reiz, die erneut den Beweis erbrachten, daß die *Bermanowa* zu einer der besten Charakterdarstellerinnen gehört, die die moderne Szene besitzt. A. S.

Reud gegen Ossendowss. Nach Soen Hebin tritt jetzt ein zweiter scharfer Kritiker gegen die tatsächlichen Grundlagen des so schnell berühmt gewordenen Buches des „polnischen Doktors“ auf. Albrecht Bend, der hervorragende Berliner Geograph, erklärt in dem neuen Heft der „Deutschen Literaturzeitung“ auf Grund einer Nachprüfung der tatsächlichen Angaben in Ossendowss' „Tiere, Menschen und Götter“ das Ganze für einen Roman ohne quellenmäßigen Wert. Bend hat die Reiseroute Ossendowss nachgerechnet und erklärt sie in dieser Form und Schnelligkeit für unmöglich. Was glaubhaft erscheint, ist nach dem Gelehrten folgendes: O. reist Mitte Januar 1921 mit einigen Begleitern von Koffogol in der Absicht, vielleicht durch Tibet nach Indien vorzustoßen, nach Ulassai, verbrachte dort den Rest des Winters und drach im Frühjahr nach Urga auf. Seine Vision des lebenden Buddha erklärt Bend, Hebin folgend, für unglaubhaft, der jetzige Bogdo Gigan (der lebende Buddha O's), wird den Fremden nicht mehr gezeigt, es ist ein gewöhnliches und verachtetes Individuum, eine Schande für Götter und Menschen, ein Greuel für Götter und Laien. Aber nach Ossendowss politische Tendenz bei der Abfassung des Romans ist ja, wie Bend betont, nur allzu durchsichtig: es ist ein Votum, der zuerst die Bestialitäten der roten Russen, dann die der weißen Russen in realistisch-phantastischer Schilderung und endlich das hohe Lied der Mongolen singt. In dem Jahrhundert Russland geknechtet haben. In abenteuerlicher Erzählung knüpft O. an Erziehtes an, aber er läßt Erziehtes hinzu. Dieser politische Tendenzroman kann also als historische Quellen-schrift nicht verwandt werden.

Brot, das zwei Jahre frisch bleibt. Ein Schweizer Bäcker Jean Matti, der in Uval bei Lausanne wohnt, erklärt, eine Behandlung des Brotes gefunden zu haben, durch das es sich zwei Jahre lang frisch erhalten wird. Diese Behandlung, der er den Namen „mattipain“ gegeben hat, ist sein Geheimnis, aber es wird wenigstens soviel bekanntgegeben, daß das Brot nach dem Backen in einen Ofen kommt und bis zu 40 Grad Celsius erhitzt wird. Sachverständige, die das Brot im Laboratorium seit Februar geprüft haben, erklären, daß es sich zehn Monate ganz frisch erhalten hat. Matti hat seine Erfindung der Schweizer Regierung angedeutet, ohne für sich etwas zu verlangen.

Die Rückkehr der Könige. Der neue Statthalter der Stadt München beschick in seiner ersten Sitzung u. a., daß die Bürger der Rückkehrer, die unter dem alten sozialistischen Stadtrat von ihren Vätern im Kolonnen laube in den Säulen und Säulenabenden angesetzt worden waren, wieder an ihre Plätze zu bringen sind.

Ein Hamburger Herbst-Flügel. Der Hamburger Senat bewilligte 1000 Mark für die Einrichtung eines Zimmers im *Heldelmann* in der Meißelburen, in dem diejenigen Stücke der Sammlung aufgestellt werden sollen, die an *Edel's* Antikensammlung in Hamburg erblieben.



# Hitler bei Held.

Aus der Zentrale der Königsbäcker.

München, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Miesbacher Anzeiger“, der den absoluten Mittelbayerischen Konarbeitskreis vertritt und zum Sprachrohr des Böhmer-Kreises geworden ist, veröffentlicht am Donnerstag zum Teil recht interessante Einzelheiten über die rechtsradikale Kulispolitik der allerletzten Zeit. Diesen Mitteilungen zufolge hat sich Hitler sofort nach seiner Freilassung zu Böhmer gegeben, um dessen Veranlassung dann zu Ludendorff, um diesem seinen Zweifel darüber zu lassen, daß er für ihn nicht nur als politischer Verband, sondern auch als politischer Charakter erbedigt sei. Durch die Zusammenarbeit Hitlers und Böhmers zeigten sich nun Anlässe zu einem neuen bayerischen Rechtsblock, der auch alsbald eine Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Held und Hitler zustande gebracht habe. Aus dieser Unterredung glaubte Hitler feststellen zu müssen, daß die Interessengemeinschaft größer und wichtiger sei als die Interessengemeinschaft und daß sich eine lokale Zusammenarbeit ermöglichen lasse. Held habe bei diesen Unterredungen Hitler auch zugesagt, das Verfallnis der Begnadigung Böhmers alsbald nachzuholen, wenige Tage später sei aber Dr. Held umgefallen, und zwar auf Einwirkung des sogenannten „Rahr-Kreises“, der offensichtlich aus den Führern des Bundes „Banner und Reich“ und Prominenten der Deutschnationalen besteht. Als Werkzeug bediente sich der Ministerpräsident des deutschnationalen Justizministers G. R. Müller, der Böhmer den Antritt seiner Strafe nicht erteilte. Der „Miesbacher Anzeiger“ schließt seinen mit dunklen Andeutungen reich durchsetzten Artikel mit dem Hinweis, daß auf ausdrücklichen Wunsch Böhmers diese nicht gebaltene Zusage seiner Begnadigung zunächst nicht zu neuen Zwistigkeiten persönlicher Art führen dürfte. Aus diesem Grunde habe er seine Strafe in Landsberg vorläufig angetreten.

# Held bestätigt . . .

München, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Ministerpräsident läßt zu dem Artikel des „Miesbacher Anzeiger“ folgendes erklären: 1. Der Empfang Hitlers bei Dr. Held ist ausschließlich auf die Initiative und das dringende Gesuchen Hitlers zurückzuführen. 2. Der Wunsch Hitlers ist dem Ministerpräsidenten von verschiedenen Gewährsmännern in dringlicher Weise überbracht worden. 3. Hitler unterbreitete bei dem Besuch dem Ministerpräsidenten die Bitte um Begnadigung seiner noch inhaftierten Freunde. Irigendwelche Verhandlungen politischer Art sind bei dem Empfang nicht getroffen worden. Im weiteren Verlauf des Gesprächs hat Hitler dem Ministerpräsidenten dargelegt, was er nunmehr beabsichtige bzw. nicht beabsichtige. Der bayerische Ministerpräsident hat Hitler keinerlei Zweifel darüber gelassen, daß er Verhältnisse, wie sie sich vor und nach dem 9. November 1923 ergeben haben, unter keinen Umständen dulden werde, daß von ihm vielmehr mit allen Mitteln die Staatsautorität gegen jederman gewahrt werde.

# Amtliche Intervention für Raß.

Seine Freilassung jedoch abgelehnt!

Der deutsche Gesandte in Wien ist bei der österreichischen Regierung wegen der Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten Raß vorstellig geworden. Die Haftentlassung wurde abgelehnt, jedoch haben die österreichischen Gerichtsbehörden die Bescheinigung des Verahrens zugesagt. Ein Rechtsanspruch auf Haftentlassung besteht nicht, da die Immunität der deutschen Abgeordneten im Auslande keine Geltung hat.

Wien, 9. Januar. (Wib.) Für den beim Wiener Landesgericht in Haft befindlichen deutschen Kommunisten Jovan Raß wurde von seinem Wiener Rechtsanwalt ein Gesuch eingebracht, mit dem gegen das Anerbieten einer Kaution die Freilassung von Raß erbeten wurde. Die Kammer hat in ihrem Beschlusse ausgesprochen, daß der Haftentlassung gegen Kaution zugestimmt werde. Gegen diese Entscheidung wurde vom leitenden Staatsanwalt eine Beschwerde an das Oberlandesgericht eingebracht, das jedoch dem Beschlusse der Kammer zustimmte. Der Verteidiger hat hierauf eine Kaution in Höhe von 50 Millionen Kronen an. Der Staatsanwalt erhob wegen zu geringer Höhe der Kaution neuerlich Einspruch. Die Entscheidung des Oberlandesgerichts steht noch aus und Raß befindet sich noch immer in Haft. Es ist jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß er noch im Laufe des heutigen Vortages freigelassen werden wird.

# Die Pariser Finanzkonferenz.

Das Programm der Beratungen.

Paris, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das für die internationale Finanzkonferenz aufgestellte Arbeitsprogramm steht vor, doch am Freitag zwischen den Delegierten Frankreichs, Belgiens und Englands die Revision des in Spaag aufgestellten Verteilungsschlüssels im Zusammenhang mit der belgischen Priorität erörtert werden soll und daß im Anschluß daran die gleichen Delegierten unter Hinweis auf die Verhältnisse der anderen noch rückständigen Ansprüche verständigen sollen. Am Sonntag soll dann die Beteiligung Amerikas an den Jahreszahlungen des Dames-Planes angekündigt werden. In Konferenzkreisen hofft man, daß die Konferenz für den Fall, daß es über diese Punkte zu einer Einigung kommen sollte, ihre Arbeiten bis zum Mittwoch zum Abschluß bringen kann.

Finanzminister Clementel hat am Donnerstagabend in einer der französischen Presse abgegebenen Erklärung den Geist gegenseitiger Verständigungsbereitschaft betont, in dem die Verhandlungen geführt wurden und die einen größeren Erfolg der Konferenz erwarten lassen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß Frankreich eine kleine Erhöhung seiner in Spaag auf 32 Proz. festgesetzten Beisteuerquote erhalten werde. Auf keinen Fall denke man an eine Herabsetzung des französischen Anteils. Die Verhandlungen über die zillierten Schulden, die er außerhalb des eigentlichen Konferenzprogramms mit dem englischen Schatzkanzler Churchill geführt habe, seien in freundschaftlichem Tone vor sich gegangen. Churchill habe die Feinigkeit in der Haltung, die gemachten Vorschläge als die Grundlage der künftigen Regelung an. Eine Verständigung im Bereiche der Währungsfrage, jedoch werde man den bestmöglichen Abschluß der Verhandlungen erst für später erwarten dürfen.

In der Wiener Sitzung der Konferenz am Donnerstag ist es zu einem Zwischenfall gekommen. In dem zur Verteilung gelangten Bericht der Sachverständigen wird zu dem von Rumänien eingebrachten Antrag auf Erhöhung seiner Beteiligungsquote gesagt, daß Rumänien durch den ihm auf Kosten Ungarns zugewandenen Gebietszuwachs mehr als reichlich entschädigt worden sei. Diese Äußerung bezeichnete der rumänische Delegierte Platoniu in der Form eines Protestes als eine Beleidigung gegen sein Land.

# Das neue Autobus-Unglück.

Die Schuldfrage. — Widerspruchsvolle Darstellung.

Sowohl von den zuständigen Behörden, wie auch von der Allgemeinen Berliner Omnibus-Werke-Gesellschaft ist eine eingehende Untersuchung über die Ursachen des gestrigen schweren Autobusunglücks am Schönberger Ufer eingeleitet worden, ohne daß bisher die Schuldfrage einmündig geklärt worden ist.

# Die Omnibusgesellschaft

gibt jetzt folgende Darstellung des Unglücks:

Der technische Hergang des gestrigen Omnibusunglücks am Schönberger Ufer ist an Hand der Beschädigungen der beiden beteiligten Fahrzeuge und insbesondere an Hand der Spuren auf der Asphaltoberfläche und an den Bordsteinen folgendermaßen genau zu rekonstruieren: Der den Unfall verursachende Wagen, ein schwerer Mercedes-Wagen I A 4242, gesteuert vom Kraft Dr. Silberberg, hat Rudge-Räder mit großen Flügelmuttern, sogenannten Kennschlüsseln. Dieser Wagen ist beim Versuch, den Omnibus zu überholen, übermäßig weit nach rechts an den Omnibus herangefahren, wahrscheinlich, um sich zwischen dem Omnibus und einem entgegenkommenden Fahrzeug im letzten Augenblick durch Ausweichen zu retten; dabei ist schon das rechte Hinterrad in Höhe der Schattkante mit dem linken Vorderkotflügel des Omnibusses in Berührung gekommen, wie scharfe Kratzenlinien einwandfrei erkennen lassen. Diese erste, noch harmlose Berührung ist vom Führer des Personenwagens entweder nicht bemerkt worden, oder er war derartig ins Gedächtnis geraten, daß ihm nichts weiter übrig blieb, als trotzdem noch weiter rechts herüberzufahren. Auf jeden Fall hat er das letztere bestimmt getan, denn er hat unmittelbar darauf mit dem einen großen Rappen des oben erwähnten Kennschlüssels seines rechten Hinterrades in den inneren Felgenkranz des linken Vorderrades des Omnibusses einhackt. Das linke Vorderrad des Omnibusses war dadurch blockiert und rutschte, wie eine Kahlspur auf dem Asphalt zeigt, vier Meter weit in einem ganz schiefen Bogen nach rechts. Nachdem die Vorderachse des Omnibusses auf diese Weise etwa 50 Zentimeter nach rechts herübergedrückt war, geriet das rechte Vorderrad gegen die Bordschwelle und sprang infolge des immer noch wirkenden Drucks von links auf diese herauf. In diesem Augenblick hatten sich die beiden Räder natürlich auseinander, der Personenwagen wurde wieder frei, und die Vorderachse des Omnibusses, die nun vollständig herumgeschlagen, liefen quer über dem Bürgersteig. Das Hinterrad kam zunächst nicht herauf, zumal da der Wagen mit seiner rechten Seite an einem Baum entlangliefen mußte. Erst nachdem der Wagen sich gewissermaßen um den Baum herum, um etwa 90 Grad gedreht hatte, wurde das rechte Hinterrad frei und lief nun sofort auf die Bordschwelle hinauf, das linke Hinterrad verlor sich an der Bordschwelle, das linke Vorderrad sank in den weichen Boden zwischen dem Bürgersteig und dem Bürgersteig und allerspätestens das Hinterrad ein, der stark herübergeboogene Baum brach auch noch von rechts gegen den unglücklich stehenden Omnibus, und auf diese Weise kippte der Wagen langsam um. — Das Privatauto ist polizeilich gesichert, und wird heute von gerichtlichen Sachverständigen, wie auch von Journalisten, die von dem Besitzer des Wagens um ein Gutachten ersucht worden sind, untersucht. Ebenso wird auch der verunglückte Omnibus, der nach Abschluß der Untersuchungsarbeiten gestern abend um 11 Uhr abtransportiert werden konnte, eine eingehende Untersuchung unterzogen werden. Die Steuerung des Omnibusses ist völlig intakt geblieben, wie schon gestern abend festgestellt werden konnte.

# Mit dem Heil gegen den Chemann.

Ein Akt der Gegenwehr.

Eine furchtbare Familienzange schloß sich gestern nachmittags in dem Hause Weidenweg 89 ab. Hier lebte der 35 Jahre alte Kutcher Gustav Hennig mit seiner Frau fortgesetzt in Streit, walt er sie und das Kind dauernd vernachlässigte. Er verließ bei der Polizei ab. Hennig hatte aber den Wohnungsschlüssel mitgenommen, kam nun wiederholt betrunken nach Hause und mißhandelte jedesmal seine Frau. So geschah es auch gestern nachmittags wieder, nachdem die Frau sich vorhin eine Operation unterzogen hatte. Die Bedrohte geprügelt die Tür, Hennig aber schlug sie mit Gewalt aus. In ihrer Angst ergriff die Frau ein kleines Handbeil und verlegte ihrem Mann mehrere Hiebe, so daß er von ihrem Schwager, den Hennig erst die Treppe hinuntergeworfen hatte, und von anderen Hausgenossen nach der Rettungswache gebracht werden mußte. Die Kriminalpolizei des 22. Regiments stellte fest, daß die Frau, die selbst für ihren und des Kindes Unterhalt sorgen mußte, in der Notwehr gehandelt hatte.

# Hugo Heimann 25 Jahre Stadtverordneter.

In die Reihen der dienstältesten Mitglieder der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist nun auch unser Genosse Hugo Heimann eingetradet. Vor jetzt 25 Jahren, im Januar 1898, trat er in die Versammlung ein, nachdem er bei den Stadtverordnetenwahlen vom November 1898 gewählt worden war. Genosse Heimann, der engeren Kreise der sozialdemokratischen Partei schon lange kein Unbekannter mehr war, wurde unter dem Dreiklassenstimmrecht des Gemeindevorstands von dem in der Umgebung des Friedrichshains liegenden damaligen 26. Bezirk der dritten Abteilung als Vertreter in das Stadtparlament entsandt. Er trat bald in den Vordergrund, weil er für die Behandlung der Wohnungsfragen, die schon in jener Zeit mehrfach in der Stadtverordnetenversammlung erörtert werden mußten, eine reiche Fülle des Wissens mitbrachte. Nach Singers Tod wählte die sozialdemokratische Fraktion ihn zu ihrem Vorsitzenden. In der Stadtverordnetenversammlung hatte er nach der Revolution eine Zeit das Wort geführt. Gestern nahnte in der Stadtverordnetenversammlung der Vorsitzende, Genosse Haß, des Jubiläums unseres Genossen Heimann in ehrenden Worten.

# Ein tödlicher Straßenbahnunfall.

Bereits die Antriftung verursachte in der vergangenen Nacht des Verfalls eines Straßenbahnfahrers bei einem tödlichen Unfall. Gegen 1 1/2 Uhr stand in der Frankfurter Allee, an der Weberwiese, ein unbekannter Mann auf der Promenade, als ein Zug der Straßenbahnlinie 69E in der Richtung nach dem Alexanderplatz vorbeifuhr. Aus unbekannter Ursache fiel der Mann plötzlich um und geriet zwischen den Triebwagen und den Anhänger. Die Augenzeugen des Unfalls liefen entsetzt hinter dem Zuge her und versuchten, ihn zum Halten zu bringen. Auf ihre Zurufe: „Halt! Halt! Lebensgefahr!“ ging aber der Schaffner des Anhängers gar nicht ein. Er winkte nur ab, ohne das Haltszeichen zu geben und ließ den Zug weitergehen. Erst an der nächsten Haltestelle wurde angehalten. Jetzt fand man im Geleise des Wagens ein Bein, das dem verunglückten Manne abgefahren worden war. Der Körper lag zerstückelt rückwärts auf der Strecke. Auch das zweite Bein war abgefahren. Die zu Hilfe gerufenen Feuerwehr brachte den Leichnam nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, von dort aber, weil nur noch der Kopf feststellbar war, nach dem Schauhaus. Der Schaffner Friedrich Guiland aus der Gartenstraße, dessen Verhalten alle Augenzeugen empörte, wurde von der Kriminalpolizei heute vorzeitig festgenommen. Der Tatort ist noch nicht besaunt. Er ist etwa 30-35 Jahre alt und 1,65 Meter groß, hat graumeliertes Haar, ein spitzes Gesicht. Besonders Kennzeichen sind mehrere Tätowierungen: auf dem rechten Unterarm ein Anker mit dem Buchstaben H. J. und ein Elefant und auf dem linken Unterarm eine Sprengz. Mitteilungen zur Feststellung der

Von den 15 Verletzten, die noch im Elisabeth-Krankenhaus liegen — und zwar 7 Männer und 8 Frauen — sind 4 ziemlich schwer zu Schaden gekommen. Es scheint jedoch bei keiner Verunglückten Lebensgefahr zu bestehen.

# Von sachmännlicher Seite

wird uns zu dem Unglück geschrieben:

Zum zweiten Male in einer kurzen Zeitspanne hat sich wieder ein schweres Autobusunglück an der Ecke Genthiner Straße und Schönberger Ufer ereignet. Während bei dem letzten Autobusunfall am 8. April an der gleichen Stelle zwei Personen ihr Leben einbüßten, ist beim jetzigen Unfall kein Todesopfer zu beklagen. 30 Personen sind teils schwer, teils leicht verletzt. Wie kommt es, daß gerade an dieser Stelle sich die Unfälle mehren? An der Mündung der Genthiner Straße in das Schönberger Ufer stehen nur zwei Laternen, die den Fahrdamm spärlich beleuchten. Schon lange wäre es Aufgabe der Polizeibehörden gewesen, sich gerade um die Beleuchtung der verkehrsreichsten Querstraßen am Schönberger Ufer und der Tiergartenstraße zu kümmern. Entweder befinden sich die Laternen im Gebüsch oder an so ungeeigneten Stellen, daß sie ihren Zweck vollständig verfehlen. Nehulich so ist es auf dem Kaiserdamm und in der Reuen Kanistraße in Charlottenburg. Was nützt die Verkehrsordnung, wenn die Behörden sich nicht um genügende Beleuchtung der Fahrwege kümmern. Und die Verkehrsregeln? Man stellt die Verkehrsregeln meistens an die falsche Stelle hin. An einer solch gefährlichen Kreuzung des Verkehrs muß unbedingt ein Verkehrszeichen seinen Standort haben. Gemeingefährlich ist ohne Zweifel auch das überaus schnelle Fahren gerade an den gefährlichsten Stellen, an der Straße Schönberger Ufer, weil die dort mündenden Straßen ihr Ende erreichen. Kommt ein Auto in einem etwas stärkerem Tempo die Straße entlang und will in das Schönberger Ufer einbiegen, so wird er dabei immer über die Straßenmitte gehen müssen, damit er nicht etwa mit den Hinterrädern die Bordschwelle streift. Die größte Gefahr bildet wohl an diesen gefährlichen Stellen der schlüpfrige Asphalt. Bei der scharfen Biegung kommen die auf Gummi dahingleitenden Motorfahrzeuge so schnell ins Rutschen, daß der Führer leicht die Kontrolle über sein Fahrzeug verliert. Gerade hier verzeichnet die Statistik der Berliner Verkehrs Polizei eine große Anzahl von solchen Unfällen. Warum führt man die Linie 1 nicht durch eine andere, weniger belebte und gefährliche Parallelstraße? Der Besitzer und Selbstfahrer des Privatautomobils, durch den das schwere Unglück verursacht wurde, konnte diesmal sofort festgestellt werden. Dagegen hat ein anderes Privatauto die Hilfeleistung für die Schwerverletzten verweigert. Warum sieht die Verkehrsordnung nicht eine hohe Strafe vor für denjenigen, der die Hilfeleistung bei einem Unfall verweigert? Zum mindesten aber müßte nachher dem Chauffeur der Fahrkarte entzogen werden, denn eine solche Handlungsweise entspricht in keinem Falle den Fähigkeiten, die man an einen Fahrzeugführer stellt. Nehulich ist es so, wenn der Kraftfahrzeugführer das selbstherrlichste Opfer hilflos liegen läßt.

Persönlichkeit nehmen das Schauhaus und Kriminalkommissar hoch beim Postgelände Friedrichshain, in der Georgenkirchstr. 1, entgegen.

# Zwei schwere Unfälle mit tödlichem Ausgang.

In der letzten Nacht wurde die Tempelhofer Feuerwehre nach dem Hüftenwerk von H. Wener in der Germaniastr. 141 alarmiert, wo ein Arbeiter B. Fischer in das Räderwerk einer Maschine geraten war. Es gelang, den Körper aus dem Betriebe herauszuholen, doch waren alle Wiederbelebungsversuche erfolglos. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Am Rönigstr. vor dem Haupte Neue Königstraße 2, an der vom Publikum als Menschenfalle bezeichneten Haltestelle der Straßenbahn und Omnibusgesellschaft, wurde am Freitag früh 8 Uhr ein junges Mädchen von einem Autobus überfahren und getötet. Dieser Unfall reiht sich vielen anderen an und wird nicht der letzte sein, falls die Haltestellen dort nicht verlegt werden, wie es die Anwohner und andere Beteiligten schon mehrere Male bei der Polizei beantragt haben. Durch diesen Unfall entstand in der Neuen Königstraße eine längere Verkehrsbehinderung, die sich in anderen Straßen fortsetzte.

# Bogen und Jiu-Jitsu in Wort und Bild, Film und Kampf.

Die Deutsche Hochschule für Selbstübungen veranstaltete gestern im Rahmen ihrer Volkshochschulkurse einen im ganzen sehr gelungenen und außerordentlich interessant verlaufenen Abend, an dem Bogen und Jiu-Jitsu in Wort, Bild und Film und in der Praxis vorgeführt wurden. Diese Zusammenstellung erwies sich als außerordentlich anschaulich und in der Wirkung überzeugend. Herr Erich Mühl hielt einen Vortrag über die Geschichte des Bogens mit Lichtbildern, der sich mit echter deutscher Gründlichkeit allsehr in die Zeit der Griechen und Römer verleitete, so daß er wegen vorgerückter Zeit abgebrochen werden mußte und uns leider nicht die weit näher liegende und weit interessantere Zeit des Werdens der englischen Borener brachte. Man sollte sich einen populären Vortrag kürzer und knapper zusammenfassen. Der an sich gute Jiu-Jitsu-Film ist ein wenig unter der nicht ganz ausreichenden Qualität des Vorführungsapparates. Bei der Schnelligkeit der Jiu-Jitsu-Griffe ist es auch notwendig, daß bei derartigen Filmen die Zeitlupe Anwendung findet, die hier außerordentlich am Platze ist. Kurzerhand waren wieder die Vorführungen des Jiu-Jitsu-Künstlers Erich Kahn mit seinen Schülern, unter denen sich auch zwei Damen durch sichere Gewandtheit im Nohkampf hervorheben. Vorläufige zwischen Jugendlieben, in denen in der Hauptsache der Stil, nicht der Schlag bewertet wurde, beschloß die Vorführung.

„Voll und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Kaumgelesene Neuheiten. Der diesjährige Ballabend findet heute Freitag abend 8 Uhr im großen Saal der „Neuen Welt“ statt. Karten an der Kasse.

# Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Nacht: 8 Uhr im großen Saal der „Neuen Welt“ statt. Karten an der Kasse. 10. Abt. Sonnabend, den 10. Januar, 1/2 Uhr, bei Reuter, Eibinger Str. 24, Familienabteilung. 11. Abt. Sonntag, Sonnabend, 7 Uhr, Sitzung der Funktionäre bei Reuter, Eibinger Str. 24. 12. Abt. Freitag, Sonnabend, 1/2 Uhr, Familienabteilung, Chauffeurstr. 66 bei Reuter. (Antrag) Der Hildesheimer Familienklub am 10. und 11. (10) aus und haben dafür am 24. und 25. März Abends geht den Überlingen nach schriftlich zu. Besondere für: 1. Vorsitz: Gust Reuter; 2. Vorsitz: Wilhelm L. R.; 3. Vorsitz: Werner Schönbach; 4. Vorsitz: Reuter; 5. Vorsitz: Reuter; 6. Vorsitz: Reuter; 7. Vorsitz: Reuter; 8. Vorsitz: Reuter; 9. Vorsitz: Reuter; 10. Vorsitz: Reuter; 11. Vorsitz: Reuter; 12. Vorsitz: Reuter; 13. Vorsitz: Reuter; 14. Vorsitz: Reuter; 15. Vorsitz: Reuter; 16. Vorsitz: Reuter; 17. Vorsitz: Reuter; 18. Vorsitz: Reuter; 19. Vorsitz: Reuter; 20. Vorsitz: Reuter; 21. Vorsitz: Reuter; 22. Vorsitz: Reuter; 23. Vorsitz: Reuter; 24. Vorsitz: Reuter; 25. Vorsitz: Reuter; 26. Vorsitz: Reuter; 27. Vorsitz: Reuter; 28. Vorsitz: Reuter; 29. Vorsitz: Reuter; 30. Vorsitz: Reuter; 31. Vorsitz: Reuter; 32. Vorsitz: Reuter; 33. Vorsitz: Reuter; 34. Vorsitz: Reuter; 35. Vorsitz: Reuter; 36. Vorsitz: Reuter; 37. Vorsitz: Reuter; 38. Vorsitz: Reuter; 39. Vorsitz: Reuter; 40. Vorsitz: Reuter; 41. Vorsitz: Reuter; 42. Vorsitz: Reuter; 43. Vorsitz: Reuter; 44. Vorsitz: Reuter; 45. Vorsitz: Reuter; 46. Vorsitz: Reuter; 47. Vorsitz: Reuter; 48. Vorsitz: Reuter; 49. Vorsitz: Reuter; 50. Vorsitz: Reuter; 51. Vorsitz: Reuter; 52. Vorsitz: Reuter; 53. Vorsitz: Reuter; 54. Vorsitz: Reuter; 55. Vorsitz: Reuter; 56. Vorsitz: Reuter; 57. Vorsitz: Reuter; 58. Vorsitz: Reuter; 59. Vorsitz: Reuter; 60. Vorsitz: Reuter; 61. Vorsitz: Reuter; 62. Vorsitz: Reuter; 63. Vorsitz: Reuter; 64. Vorsitz: Reuter; 65. Vorsitz: Reuter; 66. Vorsitz: Reuter; 67. Vorsitz: Reuter; 68. Vorsitz: Reuter; 69. Vorsitz: Reuter; 70. Vorsitz: Reuter; 71. Vorsitz: Reuter; 72. Vorsitz: Reuter; 73. Vorsitz: Reuter; 74. Vorsitz: Reuter; 75. Vorsitz: Reuter; 76. Vorsitz: Reuter; 77. Vorsitz: Reuter; 78. Vorsitz: Reuter; 79. Vorsitz: Reuter; 80. Vorsitz: Reuter; 81. Vorsitz: Reuter; 82. Vorsitz: Reuter; 83. Vorsitz: Reuter; 84. Vorsitz: Reuter; 85. Vorsitz: Reuter; 86. Vorsitz: Reuter; 87. Vorsitz: Reuter; 88. Vorsitz: Reuter; 89. Vorsitz: Reuter; 90. Vorsitz: Reuter; 91. Vorsitz: Reuter; 92. Vorsitz: Reuter; 93. Vorsitz: Reuter; 94. Vorsitz: Reuter; 95. Vorsitz: Reuter; 96. Vorsitz: Reuter; 97. Vorsitz: Reuter; 98. Vorsitz: Reuter; 99. Vorsitz: Reuter; 100. Vorsitz: Reuter; 101. Vorsitz: Reuter; 102. Vorsitz: Reuter; 103. Vorsitz: Reuter; 104. Vorsitz: Reuter; 105. Vorsitz: Reuter; 106. Vorsitz: Reuter; 107. Vorsitz: Reuter; 108. Vorsitz: Reuter; 109. Vorsitz: Reuter; 110. Vorsitz: Reuter; 111. Vorsitz: Reuter; 112. Vorsitz: Reuter; 113. Vorsitz: Reuter; 114. Vorsitz: Reuter; 115. Vorsitz: Reuter; 116. Vorsitz: Reuter; 117. Vorsitz: Reuter; 118. Vorsitz: Reuter; 119. Vorsitz: Reuter; 120. Vorsitz: Reuter; 121. Vorsitz: Reuter; 122. Vorsitz: Reuter; 123. Vorsitz: Reuter; 124. Vorsitz: Reuter; 125. Vorsitz: Reuter; 126. Vorsitz: Reuter; 127. Vorsitz: Reuter; 128. Vorsitz: Reuter; 129. Vorsitz: Reuter; 130. Vorsitz: Reuter; 131. Vorsitz: Reuter; 132. Vorsitz: Reuter; 133. Vorsitz: Reuter; 134. Vorsitz: Reuter; 135. Vorsitz: Reuter; 136. Vorsitz: Reuter; 137. Vorsitz: Reuter; 138. Vorsitz: Reuter; 139. Vorsitz: Reuter; 140. Vorsitz: Reuter; 141. Vorsitz: Reuter; 142. Vorsitz: Reuter; 143. Vorsitz: Reuter; 144. Vorsitz: Reuter; 145. Vorsitz: Reuter; 146. Vorsitz: Reuter; 147. Vorsitz: Reuter; 148. Vorsitz: Reuter; 149. Vorsitz: Reuter; 150. Vorsitz: Reuter; 151. Vorsitz: Reuter; 152. Vorsitz: Reuter; 153. Vorsitz: Reuter; 154. Vorsitz: Reuter; 155. Vorsitz: Reuter; 156. Vorsitz: Reuter; 157. Vorsitz: Reuter; 158. Vorsitz: Reuter; 159. Vorsitz: Reuter; 160. Vorsitz: Reuter; 161. Vorsitz: Reuter; 162. Vorsitz: Reuter; 163. Vorsitz: Reuter; 164. Vorsitz: Reuter; 165. Vorsitz: Reuter; 166. Vorsitz: Reuter; 167. Vorsitz: Reuter; 168. Vorsitz: Reuter; 169. Vorsitz: Reuter; 170. Vorsitz: Reuter; 171. Vorsitz: Reuter; 172. Vorsitz: Reuter; 173. Vorsitz: Reuter; 174. Vorsitz: Reuter; 175. Vorsitz: Reuter; 176. Vorsitz: Reuter; 177. Vorsitz: Reuter; 178. Vorsitz: Reuter; 179. Vorsitz: Reuter; 180. Vorsitz: Reuter; 181. Vorsitz: Reuter; 182. Vorsitz: Reuter; 183. Vorsitz: Reuter; 184. Vorsitz: Reuter; 185. Vorsitz: Reuter; 186. Vorsitz: Reuter; 187. Vorsitz: Reuter; 188. Vorsitz: Reuter; 189. Vorsitz: Reuter; 190. Vorsitz: Reuter; 191. Vorsitz: Reuter; 192. Vorsitz: Reuter; 193. Vorsitz: Reuter; 194. Vorsitz: Reuter; 195. Vorsitz: Reuter; 196. Vorsitz: Reuter; 197. Vorsitz: Reuter; 198. Vorsitz: Reuter; 199. Vorsitz: Reuter; 200. Vorsitz: Reuter; 201. Vorsitz: Reuter; 202. Vorsitz: Reuter; 203. Vorsitz: Reuter; 204. Vorsitz: Reuter; 205. Vorsitz: Reuter; 206. Vorsitz: Reuter; 207. Vorsitz: Reuter; 208. Vorsitz: Reuter; 209. Vorsitz: Reuter; 210. Vorsitz: Reuter; 211. Vorsitz: Reuter; 212. Vorsitz: Reuter; 213. Vorsitz: Reuter; 214. Vorsitz: Reuter; 215. Vorsitz: Reuter; 216. Vorsitz: Reuter; 217. Vorsitz: Reuter; 218. Vorsitz: Reuter; 219. Vorsitz: Reuter; 220. Vorsitz: Reuter; 221. Vorsitz: Reuter; 222. Vorsitz: Reuter; 223. Vorsitz: Reuter; 224. Vorsitz: Reuter; 225. Vorsitz: Reuter; 226. Vorsitz: Reuter; 227. Vorsitz: Reuter; 228. Vorsitz: Reuter; 229. Vorsitz: Reuter; 230. Vorsitz: Reuter; 231. Vorsitz: Reuter; 232. Vorsitz: Reuter; 233. Vorsitz: Reuter; 234. Vorsitz: Reuter; 235. Vorsitz: Reuter; 236. Vorsitz: Reuter; 237. Vorsitz: Reuter; 238. Vorsitz: Reuter; 239. Vorsitz: Reuter; 240. Vorsitz: Reuter; 241. Vorsitz: Reuter; 242. Vorsitz: Reuter; 243. Vorsitz: Reuter; 244. Vorsitz: Reuter; 245. Vorsitz: Reuter; 246. Vorsitz: Reuter; 247. Vorsitz: Reuter; 248. Vorsitz: Reuter; 249. Vorsitz: Reuter; 250. Vorsitz: Reuter; 251. Vorsitz: Reuter; 252. Vorsitz: Reuter; 253. Vorsitz: Reuter; 254. Vorsitz: Reuter; 255. Vorsitz: Reuter; 256. Vorsitz: Reuter; 257. Vorsitz: Reuter; 258. Vorsitz: Reuter; 259. Vorsitz: Reuter; 260. Vorsitz: Reuter; 261. Vorsitz: Reuter; 262. Vorsitz: Reuter; 263. Vorsitz: Reuter; 264. Vorsitz: Reuter; 265. Vorsitz: Reuter; 266. Vorsitz: Reuter; 267. Vorsitz: Reuter; 268. Vorsitz: Reuter; 269. Vorsitz: Reuter; 270. Vorsitz: Reuter; 271. Vorsitz: Reuter; 272. Vorsitz: Reuter; 273. Vorsitz: Reuter; 274. Vorsitz: Reuter; 275. Vorsitz: Reuter; 276. Vorsitz: Reuter; 277. Vorsitz: Reuter; 278. Vorsitz: Reuter; 279. Vorsitz: Reuter; 280. Vorsitz: Reuter; 281. Vorsitz: Reuter; 282. Vorsitz: Reuter; 283. Vorsitz: Reuter; 284. Vorsitz: Reuter; 285. Vorsitz: Reuter; 286. Vorsitz: Reuter; 287. Vorsitz: Reuter; 288. Vorsitz: Reuter; 289. Vorsitz: Reuter; 290. Vorsitz: Reuter; 291. Vorsitz: Reuter; 292. Vorsitz: Reuter; 293. Vorsitz: Reuter; 294. Vorsitz: Reuter; 295. Vorsitz: Reuter; 296. Vorsitz: Reuter; 297. Vorsitz: Reuter; 298. Vorsitz: Reuter; 299. Vorsitz: Reuter; 300. Vorsitz: Reuter; 301. Vorsitz: Reuter; 302. Vorsitz: Reuter; 303. Vorsitz: Reuter; 304. Vorsitz: Reuter; 305. Vorsitz: Reuter; 306. Vorsitz: Reuter; 307. Vorsitz: Reuter; 308. Vorsitz: Reuter; 309. Vorsitz: Reuter; 310. Vorsitz: Reuter; 311. Vorsitz: Reuter; 312. Vorsitz: Reuter; 313. Vorsitz: Reuter; 314. Vorsitz: Reuter; 315. Vorsitz: Reuter; 316. Vorsitz: Reuter; 317. Vorsitz: Reuter; 318. Vorsitz: Reuter; 319. Vorsitz: Reuter; 320. Vorsitz: Reuter; 321. Vorsitz: Reuter; 322. Vorsitz: Reuter; 323. Vorsitz: Reuter; 324. Vorsitz: Reuter; 325. Vorsitz: Reuter; 326. Vorsitz: Reuter; 327. Vorsitz: Reuter; 328. Vorsitz: Reuter; 329. Vorsitz: Reuter; 330. Vorsitz: Reuter; 331. Vorsitz: Reuter; 332. Vorsitz: Reuter; 333. Vorsitz: Reuter; 334. Vorsitz: Reuter; 335. Vorsitz: Reuter; 336. Vorsitz: Reuter; 337. Vorsitz: Reuter; 338. Vorsitz: Reuter; 339. Vorsitz: Reuter; 340. Vorsitz: Reuter; 341. Vorsitz: Reuter; 342. Vorsitz: Reuter; 343. Vorsitz: Reuter; 344. Vorsitz: Reuter; 345. Vorsitz: Reuter; 346. Vorsitz: Reuter; 347. Vorsitz: Reuter; 348. Vorsitz: Reuter; 349. Vorsitz: Reuter; 350. Vorsitz: Reuter; 351. Vorsitz: Reuter; 352. Vorsitz: Reuter; 353. Vorsitz: Reuter; 354. Vorsitz: Reuter; 355. Vorsitz: Reuter; 356. Vorsitz: Reuter; 357. Vorsitz: Reuter; 358. Vorsitz: Reuter; 359. Vorsitz: Reuter; 360. Vorsitz: Reuter; 361. Vorsitz: Reuter; 362. Vorsitz: Reuter; 363. Vorsitz: Reuter; 364. Vorsitz: Reuter; 365. Vorsitz: Reuter; 366. Vorsitz: Reuter; 367. Vorsitz: Reuter; 368. Vorsitz: Reuter; 369. Vorsitz: Reuter; 370. Vorsitz: Reuter; 371. Vorsitz: Reuter; 372. Vorsitz: Reuter; 373. Vorsitz: Reuter; 374. Vorsitz: Reuter; 375. Vorsitz: Reuter; 376. Vorsitz: Reuter; 377. Vorsitz: Reuter; 378. Vorsitz: Reuter; 379. Vorsitz: Reuter; 380. Vorsitz: Reuter; 381. Vorsitz: Reuter; 382. Vorsitz: Reuter; 383. Vorsitz: Reuter; 384. Vorsitz: Reuter; 385. Vorsitz: Reuter; 386. Vorsitz: Reuter; 387. Vorsitz: Reuter; 388. Vorsitz: Reuter; 389. Vorsitz: Reuter; 390. Vorsitz: Reuter; 391. Vorsitz: Reuter; 392. Vorsitz: Reuter; 393. Vorsitz: Reuter; 394. Vorsitz: Reuter; 395. Vorsitz: Reuter; 396. Vorsitz: Reuter; 397. Vorsitz: Reuter; 398. Vorsitz: Reuter; 399. Vorsitz: Reuter; 400. Vorsitz: Reuter; 401. Vorsitz: Reuter; 402. Vorsitz: Reuter; 403. Vorsitz: Reuter; 404. Vorsitz: Reuter; 405. Vorsitz: Reuter; 406. Vorsitz: Reuter; 407. Vorsitz: Reuter; 408. Vorsitz: Reuter; 409. Vorsitz: Reuter; 410. Vorsitz: Reuter; 411. Vorsitz: Reuter; 412. Vorsitz: Reuter; 413. Vorsitz: Reuter; 414. Vorsitz: Reuter; 415. Vorsitz: Reuter; 416. Vorsitz: Reuter; 417. Vorsitz: Reuter; 418. Vorsitz: Reuter; 419. Vorsitz: Reuter; 420. Vorsitz: Reuter; 421. Vorsitz: Reuter; 422. Vorsitz: Reuter; 423. Vorsitz: Reuter; 424. Vorsitz: Reuter; 425. Vorsitz: Reuter; 426. Vorsitz: Reuter; 427. Vorsitz: Reuter; 428. Vorsitz: Reuter; 429. Vorsitz: Reuter; 430. Vorsitz: Reuter; 431. Vorsitz: Reuter; 432. Vorsitz: Reuter; 433. Vorsitz: Reuter; 434. Vorsitz: Reuter; 435. Vorsitz: Reuter; 436. Vorsitz: Reuter; 437. Vorsitz: Reuter; 438. Vorsitz: Reuter; 439. Vorsitz: Reuter; 440. Vorsitz: Reuter; 441. Vorsitz: Reuter; 442. Vorsitz: Reuter; 443. Vorsitz: Reuter; 444. Vorsitz: Reuter; 445. Vorsitz: Reuter; 446. Vorsitz: Reuter; 447. Vorsitz: Reuter; 448. Vorsitz: Reuter; 449. Vorsitz: Reuter; 450. Vorsitz: Reuter; 451. Vorsitz: Reuter; 452. Vorsitz: Reuter; 453. Vorsitz: Reuter; 454. Vorsitz: Reuter; 455. Vorsitz: Reuter; 456. Vorsitz: Reuter; 457. Vorsitz: Reuter; 458. Vorsitz: Reuter; 459. Vorsitz: Reuter; 460. Vorsitz: Reuter; 461. Vorsitz: Reuter; 462. Vorsitz: Reuter; 463. Vorsitz: Reuter; 464. Vorsitz: Reuter; 465. Vorsitz: Reuter; 466. Vorsitz: Reuter; 467. Vorsitz: Reuter; 468. Vorsitz: Reuter; 469. Vorsitz: Reuter; 470. Vorsitz: Reuter; 471. Vorsitz: Reuter; 472. Vorsitz: Reuter; 473. Vorsitz: Reuter; 474. Vorsitz: Reuter; 475. Vorsitz: Reuter; 476. Vorsitz: Reuter; 477. Vorsitz: Reuter; 478. Vorsitz: Reuter; 479. Vorsitz: Reuter; 480. Vorsitz: Reuter; 481. Vorsitz: Reuter; 482. Vorsitz: Reuter; 483. Vorsitz: Reuter; 484. Vorsitz: Reuter; 485. Vorsitz: Reuter; 486. Vorsitz: Reuter; 487. Vorsitz: Reuter; 488. Vorsitz: Reuter; 489. Vorsitz: Reuter; 490. Vorsitz: Reuter; 491. Vorsitz: Reuter; 492. Vorsitz: Reuter; 493. Vorsitz: Reuter; 494. Vorsitz: Reuter; 495. Vorsitz: Reuter; 496. Vorsitz: Reuter; 497. Vorsitz: Reuter; 498. Vorsitz: Reuter; 499. Vorsitz: Reuter; 500. Vorsitz: Reuter; 501. Vorsitz: Reuter; 502. Vorsitz: Reuter; 503. Vorsitz: Reuter; 504. Vorsitz: Reuter; 505. Vorsitz: Reuter; 506. Vorsitz: Reuter; 507. Vorsitz: Reuter; 508. Vorsitz: Reuter; 509. Vorsitz: Reuter; 510. Vorsitz: Reuter; 511. Vorsitz: Reuter; 512. Vorsitz: Reuter; 513. Vorsitz: Reuter; 514. Vorsitz: Reuter; 515. Vorsitz: Reuter; 516. Vorsitz: Reuter; 517. Vorsitz: Reuter; 518. Vorsitz: Reuter; 519. Vorsitz: Reuter; 520. Vorsitz: Reuter; 521. Vorsitz: Reuter; 522. Vorsitz: Reuter; 523. Vorsitz: Reuter; 524. Vorsitz: Reuter; 525. Vorsitz: Reuter; 526. Vorsitz: Reuter; 527. Vorsitz: Reuter; 528. Vorsitz: Reuter; 529. Vorsitz: Reuter; 530. Vorsitz: Reuter; 531. Vorsitz: Reuter; 532. Vorsitz: Reuter; 533. Vorsitz: Reuter; 534. Vorsitz: Reuter; 535. Vorsitz: Reuter; 536. Vorsitz: Reuter; 537. Vorsitz: Reuter; 538. Vorsitz: Reuter; 539. Vorsitz: Reuter; 540. Vorsitz: Reuter; 541. Vorsitz: Reuter; 542. Vorsitz: Reuter; 543. Vorsitz: Reuter; 544. Vorsitz: Reuter; 545. Vorsitz: Reuter; 546. Vorsitz: Reuter; 547. Vorsitz: Reuter; 548. Vorsitz: Reuter; 549. Vorsitz: Reuter; 550. Vorsitz: Reuter; 551. Vorsitz: Reuter; 552. Vorsitz: Reuter; 553. Vorsitz: Reuter; 554. Vorsitz: Reuter; 555. Vorsitz: Reuter; 556. Vorsitz: Reuter; 557. Vorsitz: Reuter; 558. Vorsitz: Reuter; 559. Vorsitz: Reuter; 560. Vorsitz: Reuter; 561. Vorsitz: Reuter; 562. Vorsitz: Reuter; 563. Vorsitz: Reuter; 564. Vorsitz: Reuter; 565. Vorsitz: Reuter; 566. Vorsitz: Reuter; 567. Vorsitz: Reuter; 568. Vorsitz: Reuter; 569. Vorsitz: Reuter; 570. Vorsitz: Reuter; 571. Vorsitz: Reuter; 572. Vorsitz: Reuter; 573. Vorsitz: Reuter; 574. Vorsitz: Reuter; 575. Vorsitz: Reuter; 576. Vorsitz: Reuter; 577. Vorsitz: Reuter; 578. Vorsitz: Reuter; 579. Vorsitz: Reuter; 580. Vorsitz: Reuter; 581. Vorsitz: Reuter; 582. Vorsitz: Reuter; 583. Vorsitz: Reuter; 584. Vorsitz: Reuter; 585. Vorsitz: Reuter; 586. Vorsitz: Reuter; 587. Vorsitz: Reuter; 588. Vorsitz: Reuter; 589. Vorsitz: Reuter; 590. Vorsitz: Reuter; 591. Vorsitz: Reuter; 592. Vorsitz: Reuter; 593. Vorsitz: Reuter; 594. Vorsitz: Reuter; 595. Vorsitz: Reuter; 596. Vorsitz: Reuter; 597. Vorsitz: Reuter; 598. Vorsitz: Reuter; 599. Vorsitz: Reuter; 600. Vorsitz: Reuter; 601. Vorsitz: Reuter; 602. Vorsitz: Reuter; 603. Vorsitz: Reuter; 604. Vorsitz: Reuter; 605. Vorsitz: Reuter; 606. Vorsitz: Reuter; 607. Vorsitz: Reuter; 608. Vorsitz: Reuter; 609. Vorsitz: Reuter; 610. Vorsitz: Reuter; 611. Vorsitz: Reuter; 612. Vorsitz: Reuter; 613. Vorsitz: Reuter; 614. Vorsitz: Reuter; 615. Vorsitz: Reuter; 616. Vorsitz: Reuter; 617. Vorsitz: Reuter; 618. Vorsitz: Reuter; 619. Vorsitz: Reuter; 620. Vorsitz: Reuter; 621. Vorsitz: Reuter; 622. Vorsitz: Reuter; 623. Vorsitz: Reuter; 624. Vorsitz: Reuter; 625. Vorsitz: Reuter; 626. Vorsitz: Reuter; 627. Vorsitz: Reuter; 628. Vorsitz: Reuter; 629. Vorsitz: Reuter; 630. Vorsitz: Reuter; 631. Vorsitz: Reuter; 632. Vorsitz: Reuter; 633. Vorsitz: Reuter; 634. Vorsitz: Reuter; 6



# BRÜNN

Nachf.

Frankfurter Allee 89, am Ringbahnhof  
Gegründet 1885

## Im Inventur= Ausverkauf

vom 2.—16. Januar  
radikale Preisherabsetzung

### Damen-Konfektion

(Mäntel, Blusen, Kleider und Putz sind ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis ermäßigt)

Enorm billige Angebote in Leinewaren, Kleiderstoffen und Wäsche

Nur Qualitätswaren gelangen zum Verkauf!

Besonders vorteilhafte  
Artikelverkauf nur solange Vorrat

Gute Damen-Wintermäntel 8<sup>75</sup>  
wirklich haltbare Ware, moderne Form . . . statt 17.75 jetzt

Gute Damenmäntel 12<sup>50</sup>  
mollige Flauch-Ware, dunkel, regulärer Preis bis 22.50 . . . jetzt

Damenmäntel 16<sup>50</sup>  
aus vorzüglichen Stoffen, englisch gemustert oder kariert, neue Form, regulärer Preis bis 29.50 . . . jetzt

Prima Damenmäntel 29<sup>50</sup>  
aus reinwollenen Velour-de-lai e-Stoffen, in besten Ausführung, regulärer Preis bis 58.50 . . . jetzt

Wasch Unterröcke für Damen 1<sup>95</sup>  
aus prima Zephir, doppelter Volant . . . Stck. jetzt

Moderne Kasaks 2<sup>75</sup>  
(Blusen für Damen) dunkle Muster . . . . . jetzt

Moderne Kasaks 4<sup>95</sup>  
dunkel gemustert, mit weißem Bubikragen und Manschetten . . . . . jetzt

Kunstseidene Jumper 3<sup>50</sup>  
alle Farben . . . . . jetzt

Weißer Blusen 3<sup>95</sup>  
mit Filet-Spitze statt 17.50 bis 9.50 . . . . . jetzt 6.95

Ein Posten Ball- u. Gesellschaftskleider 9<sup>50</sup>  
regulär. Preis bis 75.— Mk. jetzt 25.50, 17.50

Eine Muster-Damenkorsetts Kollektion regulärer Preis bis 7.50 . . . . . jetzt 2.00

Weißer Damenhemden m. Stickerei-garnitur . . . . . 1.75 1.25

Stickerei-Untertaillen teils ange-aubt . . . . . jetzt 0.75

Moderne Blusenstoffe dunkel gestreift, regulär bis 1.95 . . . . . jetzt Mtr. 0.95  
Kleiderstoffe ca. 100 cm breit, regulär bis 3.00 . . . . . jetzt 1.70

Baumwoll-Mousseline zirka 80 cm breit, schöne Muster . . . . . Mtr. 0.68

Schürzen-Flamosen ca. 115 cm breit Mtr. 1.25

Hemden-Zephyr 80 cm br., frische Dessins . . . . . Mtr. 0.68

Hemdentuche vollwe B gebleicht, griffige Ware, keine Schundware . . . . . Mtr. 0.58

Linon 80 cm breit . . . . . Mtr. 0.78

Linon 130 cm breit . . . . . Mtr. 1.51

Dimiti-Bettgarnitur vorz. Qual. 130 cm . . . . . 1.40 2.30

Handtuchstoffe Gerstenkorn Mtr. 0.49

Halbleinen Damast Handtücher Mtr. 0.95

Parcal-Oberhemden . . . . . 3.95

1000 Meter Untergarn Rolle 0.30

1000 Meter 4fach Obergarn 0.52

Freitag / Sonnabend / Montag

Besonders billige

# Lebensmittel!!

### Frisches Fleisch

Kammelvorderfleisch 75 Pf.	Rinderlunge 28 Pf.	Schweinefleisch Dose 78 Pf.
Kammirücken 85 Pf.	Rinderherzen 5 Pf.	Kammelfleisch 2-Pfund-Dose 1.75
Kammelkeule 90 Pf.	Pa. fett. Ochsenfl. gefr. 60 Pf.	Weißer Bohnen m. Würstl Dose 78 Pf.
Kalbsvorderfleisch 75 Pf.	Pa. fett. Supp ufl. 50 Pf.	Erbsen mit Rindfleisch 2-Pfd-Dose 78 Pf.
Kalbsrücken 85 Pf.	Pa. Ochsenfleisch 80 Pf.	Weißkohl mit Hammelfl. 2-Pfd-Dose 78 Pf.
Kalbskeule 50 Pf.	Rinderherzen gefr. 35 Pf.	Erbsen m. Schweinefleisch 2-Pfund-Dose 78 Pf.
Schweinebauch 95 Pf.	Schweineköpfe 40 Pf.	Rindfleisch 2-Pfund-Dose 1.55
Schweinekotelett 1.20		Cornedbeef (hochf.) Dose 38 Pf.
Schweinekamm 1.10		

### Gemüse- und Obstkonserven

Junge Brechbohnen 85 Pf.	Karotten 45 Pf.	Pflaumen 85 Pf.
Junge Schnittbohnen 85 Pf.	Kohlrabi in Schl. m. Grün 50 Pf.	Birnen 1/1 Frucht 90 Pf.
Gemüse-Erbsen 50 Pf.	Spinat 67 Pf.	Birnen 1/2 Frucht 1.10
Junge Erbsen 60 Pf.	Steinpilze in eigenem Saft 1.50	Reinklauden 1.50
Brechspargel mittel 2.70	Pfefferlinge 1.15	Heidelbeeren 1.15
Brechspargel dünn 2.20	Apfelmus 80 Pf.	Erdbeeren 2.40
Junge Erbsen m. Karott. 60 Pf.	Kaiserkirchen mit Stein 1.10	Tomatenpüree 60 Pf.

### Kolonialwaren

Viktoria-Erbsen 24 Pf.	Walgengrieß 28 Pf.	Landleberwurst 55 Pf.	Teewurst 50 Pf.
Grüne Erbsen 30 Pf.	Kocherbsen 20 Pf.	Hausmacher-Leberwurst 95 Pf.	Salamiwurst 50 Pf.
Geschälte Erbsen 35 Pf.	Haferröcken 25 Pf.	Rohwurst 75 Pf.	Jagdwurst 35 Pf.
Weißer Bohnen 30 Pf.	Gebrauntes Kaffee 70 Pf.	Fleischwurst 95 Pf.	Mettwurst Braunschweiger Art 35 Pf.
Linzen 48 Pf.			

### Wurstwaren

Baldu-Kakao 1/2-Pfund-Paket 39 Pf. 1/4-Pfund-Paket 20 Pf.

Das große Warenhaus  
des Nordens



winemünder Str. 86  
Ecke Lortzingstr.

Hochbahn-Danziger Str.  
Ringbahn-Gesundbrunnener  
Straßenbahnen 99, 35, 36,  
40, 41, 34, 54, 148, 190

Hochbahn-Danziger Str.  
Ringbahn-Gesundbrunnener  
Straßenbahnen 99, 35, 36,  
40, 41, 34, 54, 148, 190

Gedr. H. K. u. H. Gesellschaft

*Für mich  
von Manufaktur,  
Favelain und Dingelrain  
Ortals Pfütz fort's  
spafinbar, Ortals Lortzingstr  
fort in Bildern von mir  
Lortzingstr fort mich  
spafinbar. Ich bin zu spafinbar & fort  
B. Kott 3.80 Mk. und ist in  
unserer Lortzingstr zu haben*

### Auf Kredit!

Damenkleider | Strickwesten  
Damenhüte | Gardinen  
Damenwäsche | Pelzkragen  
sowie Steppdecken, Bett-,  
Tisch- und Herrenwäsche  
Kleine An- und Abzahlung  
Sofortige Mitgabe der Ware  
**Skaltzer Putzsalon**  
Skaltzer Straße 2

### Guter Schlaf ist das beste

Hilfsmittel.  
Mitgeliefert für Groß und Klein, mit oder  
ohne Zubehör, 5 ab matratz, an Private  
Bequeme Bedingungen Katalog 30A frei  
**Sisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)**

### Abreißkalender 1925

Der in Lieberbad hergestellte  
Kalender sollte in jeder Familie  
und in jedem Büro fehlen!  
Preis 2.20 Pf.  
zu haben in der Buchhandlung  
S. D. D. S. und in der  
Bücherdruckerei  
Lindenstr. 8. Ferner in allen  
Bücherhandlungen, Briefkästen  
und -Kästen neben ebenfalls  
Verfügungen gern entgegen



komplett m. 60 cm Seiden-  
schirm f. elektrisch 70.- M.  
für Gas 25.-

9.50 8.-

aus unserer Exklame-Kollektion  
Größte  
Musterausstellung  
in Berlin.

Das Buch für Möbel und Boden:

### Sunderland 1925

Preis 1.20 Mark

zu haben in der Buchhandlung  
S. D. D. S. und in der  
Bücherdruckerei  
Lindenstr. 8. Ferner in allen  
Bücherhandlungen, Briefkästen  
und -Kästen neben ebenfalls  
Verfügungen gern entgegen

### Gardinen

Verkauf R. Witte, Wilmers-  
dorfer Str. 66a, 6. u. 7. Etage.  
Kein Laden! Konkurrenzlos  
billig kaufen Sie im Fragebogen  
Reiche Auswahl in Bettvorlegern,  
Bücher, Tisch- und Divandeecken,  
Hochstühle u. ohne Kaufpreis  
Kauterleichterung durch Anzahlung!

### Möbel

Spezial-, Herren-, Schlaf-  
zimmer, Küchen, Klub-  
Eckmöbel, Einzelmöbel  
äußerst preiswert  
Auf Wunsch Zahlungszielverleiherung  
**S. Dorn, Berlin**  
Weinmeisterstr. 9



# Bewerkschaftsbewegung

## Die gewerksmäßige Stellenvermittlung.

Die gewerksmäßige Stellenvermittlung ist ein Uebel, doch kein notwendiges Uebel. Denn die Tätigkeit der berufsmäßigen Stellenvermittler kann durch die öffentlichen und Hocharbeitsnachweise mit ausgebüßt werden. Seitdem die gewerksmäßige Stellenvermittlung statistisch erfasst ist (durch Verordnung der Reichsarbeitsverwaltung vom 10. November 1924), bringt das „Reichsarbeitsblatt“ vierteljährliche Uebersichten darüber.

Im 2. Vierteljahr 1924 wurden insgesamt 1716 gewerksmäßige Stellenvermittler gezählt, von denen 1600 berichtet haben. Die meisten dieser Stellenvermittler sind in Schlesien zu finden, 253, im Freistaat Sachsen 195, in Bayern 153, in Hamburg 152, Berlin 166, Dspireußen 143, Sachsen-Anhalt 107 und in Hannover 92. Die weiteren 450 Stellenvermittler verteilen sich auf die übrigen 13 Bezirke der Landesämter für Arbeitsvermittlung.

In der Berichtszeit wurden bei den 1600 Stellenvermittlern, von denen Berichte vorliegen, 126 889 Arbeitsgesuche weiblicher und 49 423 männlicher Personen gemeldet, einschließlich der unrichtigen Gesuche aus dem vorhergehenden Quartal. Die meisten Arbeitsgesuche weiblicher Personen hat Berlin aufzuweisen (31 895), dem in weitem Abstand der Freistaat Sachsen mit 16 529 folgt. Die meisten Arbeitsgesuche männlicher Arbeitskräfte weist Schlesien mit 11 132 auf, dem Berlin mit 8634 folgt.

Offene Stellen waren gemeldet: für weibliche 127 134, für männliche Arbeitskräfte 33 286. Die Zahl der Stellenangebote für weibliche Personen war mithin um 245 höher als die der Arbeitsuchenden, die Zahl der Stellen für männliche Personen dagegen um 16 137 geringer als die der Arbeitsgesuche. In Berlin allein war die Zahl der offenen Stellen für weibliche Personen um 1421 größer als die der Arbeitsgesuche, während die offenen Stellen für männliche Personen um 1387 hinter der Zahl der Arbeitsgesuche zurückblieb. Als besetzt berichteten die Vermittler 78 366 Stellen und 5070 Zuschüsse für weibliche, 22 819 Stellen und 5695 Zuschüsse für männliche Arbeitskräfte.

Im Verhältnis zu den nichtgewerksmäßigen Arbeitsnachweisen ergeben sich folgende Vergleichsziffern: die 1600 Stellenvermittler vermittelten insgesamt 111 950 Stellen einschließlich der 10 765 Zuschüsse, die 1168 nichtgewerksmäßigen Arbeitsnachweise dagegen 1 362 911 Stellen einschließlich 384 514 Zuschüssen. Der Anteil der gewerksmäßigen Stellenvermittler an dem Gesamtvermittlungsergebnis betrug bei den Männern 2,9 v. H. und bei den Frauen 17,4 v. H.

Die gewerksmäßige Stellenvermittlung wurde am häufigsten von Hausgehilfen in Anspruch genommen, und zwar von 62 272, welcher Ziffer 68 626 offene Stellen gegenüberstehen, wovon 41 235 als besetzt gemeldet wurden. Den Hausgehilfen nicht zugerechnet sind die Aufwarte-, Putz- und Backfrauen; von denen 2879 sich an Stellenvermittler wandten, die 2440 Stellen verzeichnet hatten und davon 2133 besetzten, wovon 74 zur Ausschlie. In der Gastwirtschaft suchten 32 155 weibliche Personen Arbeit, die in 27 436 Fällen angeboten und in 22 650 Fällen, worunter 4517 Zuschüsse von 4517 insgesamt, vermittelt wurden. Da im Freistaat Sachsen von den 5070 besetzten Ausschüssen überhaupt 3259 für weibliches Personal besetzt wurden, so ergibt sich daraus, daß in Sachsen das Ausschusswesen für weibliches Gastwirtschaftspersonal dominiert. Im Gastwirtsgeerbe wurden insgesamt durch gewerksmäßige Stellenvermittler 22 650 Frauen und 7831 Männer vermittelt, von den nichtgewerksmäßigen Arbeitsnachweisen dagegen 40 948 Frauen und 91 942 Männer. Ist also die gewerksmäßige Vermittlung für männliches Personal bedeutungslos, so ist ihr doch noch über die Hälfte des weiblichen Personals verfallen.

Die Landwirtschaft steht an dritter Stelle der gewerksmäßigen Stellenvermittlung. Es wandten sich 31 515 Landarbeiter und 18 107 Landarbeiterinnen an die Stellenvermittler, bei denen 21 185 Stellen für männliche und 20 241 Stellen für weibliche Arbeitskräfte gemeldet wurden, wovon 17 333 bzw. 12 204 Stellen besetzt wurden. 14 182 Landarbeiter, die zweifellos irgendeine Gehilfen an die gewerksmäßigen Stellenvermittler gezählt hatten und 5003 Arbeiterinnen konnten von den Stellenvermittlern nicht untergebracht werden.

Weniger von ziffernmäßiger Bedeutung ist die gewerksmäßige Stellenvermittlung für künstlerische und sonstige Be-

rufe. Was an den beteiligten Gewerkschaften liegt, muß gelassen, um der gewerksmäßigen Stellenvermittlung in der Gastwirtschaft und der Landwirtschaft vollends das Wasser abzugraben, nicht minder aber in der Hauswirtschaft, wo dies allerdings der Organisation allein nicht möglich sein wird. Vor allem muß die Tages- und die Fachpresse in der Richtung weiterwirken, damit die Arbeiter und insbesondere die ärmsten Arbeiterinnen den Stellenvermittlern nicht ihre letzten Groschen überflüssigszweife opfern.

## Zum Tarifikampf der Theatermusiker.

Der im Jahre 1920 zwischen dem Deutschen Bühnenverein und dem Deutschen Musikerverband für die Theatermusiker abgeschlossene Reichstarifvertrag ist ein ganzes Jahr vor seinem Ablauf von den Arbeitgebern gekündigt worden. Da es trotz mehrfacher Verhandlungen nicht möglich war, den Bühnenverein zu Verhandlungen zu bewegen, obwohl er sich in seinem Kündigungsschreiben ausdrücklich dazu bereit erklärt hatte, arbeiten die Theatermusiker seit Mai 1924 tariflos. Der Bühnenverein leugte schließlich einen vollkommen fertig ausgearbeiteten Tarifentwurf vor und verlangte dessen unneränderte Annahme. Obwohl die Theatermusiker im Deutschen Reich zu etwa 85 Proz. dem freigewerkschaftlich orientierten Deutschen Musikerverband angehören und nur 10 Proz. anderen Organisationen, vornehmlich dem „Berliner Musiker“, glauben der Bühnenverein, mit dieser Unternehmerruppe im Rücken, dem DMB. Vertragsbedingungen diktieren zu können.

In Berlin liegt die Sache allerdings insofern etwas ungünstiger, weil der „Berein Berliner Musiker“ hier seinen Sitz hat und weil er nachzweifeln möchte gerade in Berlin stets eine größere Anzahl aktiver oder auf Wartegeld geleiteter Beamter zur Verfügung hat, die er in den Orchestern als Streich- und Sperrbrecher verwendet. Das ist auch der Grund, warum der Tarifikampf der Theatermusiker in Berlin mit besonderer Schärfe geführt wird, während im Reich die Theaterleiter im allgemeinen zur Anerkennung der alten Tarifbedingungen veranlaßt werden konnten.

Für das Vorgehen des Deutschen Bühnenvereins ist auch sein Tarifabschluß mit dem inzwischen gegründeten „Reichsverband Deutscher Berufsmusiker“ (den 10prozentigen!) bezeichnend. Obwohl der DMB. allein als alter Vertragskontrahent für den Reuschluß eines Tarifes in Frage kommt, hatte der Bühnenverein sogar noch die Dreistigkeit, die Verbindlichkeitsklärung des „zehnprozentigen“ Tarifvertrages bei dem Reichsarbeitsministerium zu beantragen. Auf den Einspruch des DMB. hin ist daraus allerdings nichts geworden. Das Tarifabkommen ist bedeutend ungünstiger als der Vertragsentwurf des Bühnenvereins. Die Reichsverbände haben jede von den Bühnenherren gewünschte Verschlechterung geschlocht, den dienstfreien Tag in jeder Woche preisgegeben und auf den Anspruch der Weiterzahlung des Gehaltes in Krankheitsfällen verzichtet. Man hat weiter ausgegeben, daß die übliche Probezeit der Musiker in den Theatern verlängert wird und man hat vor allen Dingen einem Gehaltsabbau an allen Berliner Operettenbühnen zugestimmt.

Die Empörung der freigewerkschaftlichen Orchestermusiker über diesen Verrat ist sehr groß. Sie fand ihren Ausdruck in Beschlüssen, die auf einer Konferenz der Orchestergruppen des DMB. im November vorigen Jahres gefaßt wurden. Dort wurde der Vorstand beauftragt, falls nicht ein günstiger Tarifvertrag mit dem Bühnenverein zustande kommen sollte, sofort die Generalsperr über alle deutschen Bühnen zu verfügen und eine Urabstimmung über eine allgemeine Arbeitsniederlegung zu veranlassen. Die Verhandlungen, die nunmehr am 15. Januar zwischen dem DMB. und dem Deutschen Bühnenverein erneut festgelegt sind, werden zeigen, ob der Vorstand gezwungen sein wird, die Beschlüsse der Orchestergruppen durchzuführen.

Bei dieser Gelegenheit muß erneut auf die Sperr- und hingenommen werden, die in sechs Berliner Theatern wegen der Vahregulung der verbandstreuem Orchestermitglieder besteht. Die Arbeiterschaft hat gar keine Veranlassung, die scharfmohetischen Bühnenunternehmer durch Theaterbesuch zu unterstützen. Bei allen Veranstaltungen der Klassenbesten Arbeiterschaft ist ferner auch streng darauf zu achten, daß nur verbandstreuem Musiker mitwirken.

## Nochmals „Kommunistische Gewerkschaftsarbeit“.

Der Tage hat die „Rote Fahne“ gebraucht, um auf unseren Artikel „Kommunistische Gewerkschaftsarbeit“ im Sonnabend-Abendblatt eine Erwiderung zu finden. Trotz der langen Zeitdauer kann man nicht sagen, daß Herr Gehlmann mit seiner Erwiderung in der „Roten Fahne“ unsere Vorwürfe gegen seine Art von Gewerkschaftsarbeit entkräften konnte. Im Gegenteil muß er, allerding unter dem bei der „Roten Fahne“ üblichen Wortgeleiße, die Richtigkeit unserer Angaben betätigen, daß nämlich die Kommunisten in Abänderungsanträge zum Tarifvertrag für die städtischen Arbeiter in demselben Wortlaut gegeben haben, den der Tarifvertrag hat. Direkt und wahr ist aber, wenn Herr Gehlmann behauptet, er hält diese seine Anträge bereits vor der betreffenden Ausschussung zurückgezogen. Wahr ist vielmehr, daß dies erst geschah, nachdem in der Sitzung von den „Sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund“ an den Gehlmannschen Unsinne aufmerksam gemacht worden war und sogar der Vertreter des Magistrats dasselbe feststellen mußte. Herr Gehlmann meint auch, er hätte sich nicht mit einem „Schreibfehler“ in seinen Anträgen entschuldigen. Ihm scheint bei dieser Behauptung in der „Roten Fahne“ gar nicht aufgefallen zu sein, daß er sich damit nur noch mehr hineinreißt.

Die „Rote Fahne“ brüht sich damit, daß auch die Sozialdemokraten den 6. Manteltarifvertrag mit den Kommunisten gemeinsam abgeschlossen hätten. Das ist auch von uns nicht bestritten worden, allerdings haben wir aus anderen als rein agitatorischen Gründen abgelehnt. Die „Rote Fahne“ und ihre Gewährsmänner wissen ganz genau, daß jeder Tarifvertrag mehr oder weniger ein Produkt von Kompromissen ist und daß manches in einem Tarifvertrag hineinkommt — wie im vorliegenden Falle durch Schiedsprüche usw. —, was den beteiligten Gewerkschaften nicht gefällt, weshalb über der Tarifvertrag als Ganzes nicht abgelehnt werden kann. Die Mitglieder des Stadterordneten Ausschusses waren aber in ihren Entschlüssen vollkommen frei. Es bleibt schon dabei, was wir gesagt haben: Mit „Bayer-Rezepten“ kann Herr Gehlmann keine praktische Gewerkschaftsarbeit leisten.

## Zum Kongreß des ADB.

Zu dem Anfang nächster Woche beginnenden Kongreß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes haben sich Delegationen der Beamtengewerkschaften aus Frankreich, Desterreich und Holland bereits angemeldet. Es ist das erste Mal, daß Vertreter der ausländischen Beamten an dem Kongreß einer deutschen Beamtenspitzenorganisation teilnehmen. Zur Bearbeitung der ausländischen Vertreter findet in Verbindung mit dem Kongreß am Dienstag abend 7 1/2 Uhr eine Feierlichkeit im Ritteraal der Oper am Königsplatz statt.

## „Arbeit und Wirtschaft“.

Diese von der Gewerkschaftskommission Desterreichs unter der Redaktion von Eduard Stroas, Viktor Stein, Dr. Edmund Balla und Dr. J. Hannal als offizielles Organ der Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeiterkammern Desterreichs herausgegebene Zeitschrift hat nunmehr das zweite Jahr ihres Bestandes zurückgelegt. Im Verlaufe dieses Jahres ist das Blatt noch weiter ausgestattet worden, was schon sein gestiegener Umfang (1072 Spalten gegenüber 942 im ersten Jahre) bezeugt. Seit September erscheint in jeder Nummer eine vierseitige Beilage über Arbeitererdt und in jedem Vierteljahr eine ebenso starke Beilage über Statistik. Die Rundschau über Volkswirtschaft (bearbeitet von Dr. G. Kautsky), Sozialpolitik (Dr. Fritz Kogler), Arbeitslosigkeit (Anton Prosk), Gewerkschaftslehre (Rudolf Leichter), Gewerkschaftswesen (Eduard Stroas), Genossenschaftswesen (Emmy Freundlich), Sozialversicherung (Dr. Ernst Steiner), Betriebsrätefrage (Richard Frankel) und Bildungswesen (Dr. J. Hannal) sind noch eindringlicher bearbeitet worden. Regelmäßige Buchbesprechungen orientieren über den neuesten Stand der Literatur auf allen Wissensgebieten und zahlreiche Diagramme und tabellarische Aufzeichnungen ergänzen und bereichern das wertvolle Bild.

Deutscher Werkmeisterverband. Verammlung der Funktionäre der Berliner Metallindustrie am Sonntag, 11. Januar vorm 9 1/2 Uhr, im Berliner Klubhaus, Dammstr. 2. Der Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie. Gemeinsamen aller Funktionäre Ehrenpflicht.

**Inventur - Ausverkauf**  
 bis 50% ermäßigte Preise auf alle  
 Herren- u. Knaben-Kleidungsstücke  
 bei der als streng reell bekannten Firma  
 S. Hoffmann, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 12.



**Umsatz**  
**Junonistischer Anzeiger**  
 nur noch bis 15. Januar bindet

nun fallen günstigen Preisangeboten für

**Qualitätswaren**

zu außerordentlich billigen Preisen

**Leineweber**  
 Berlin C, Kölnischer Fischmarkt 4-6



